

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Tagesvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Zentrale Bochum, Viktoriaplatz, 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Zur Jahres-Generalversammlung der Zechenherren.

Am Sonnabend, dem 12. März 1932, tagten in ihrer Hauptversammlung die im Verein zur Wahrung der bergbaulichen Interessen und des Zechenverbandes zusammengeschlossenen Schwerindustriellen. Die Tagung fand „mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das letztere ist merkwürdig und verständlich zugleich. Merkwürdig, weil ausgerechnet in dieser Periode furchtbarster Wirtschaftskrise die „berufenen“ Führer der deutschen Wirtschaft nichts, aber auch gar nichts einer interessierten Öffentlichkeit von positiven Plänen und Absichten mitzuteilen haben darüber, wie sie sich die Überwindung der Krise denken. Verständlich aber wiederum deshalb, weil, was ja auch schon in dem vorhergehenden Satz festgestellt ist, die deutschen Privatkapitalisten eben so ziemlich am Ende ihrer Wirtschaftskraft angelangt sind.

Das einzige Positive, was durch den sehr spärlichen Bericht von dieser Tagung an die Tagespresse von den Beratungen bekannt wurde, ist, daß man sich gemeinsam abmühte, den „schuldigen Dritten“ an der Wirtschaftsmisere ausfindig zu machen und vor der Welt anzulagen. Nun aber Neugierige auf die Folter spannen zu können und selbst raten lassen, wen man als diesen schuldigen Dritten glaubte bezeichnen zu können, ist leider nicht mehr möglich, da die Herren Kapitalisten die Entdeckung des Schuldigen ja schon seit Jahr und Tag und besonders auf allen ihren sogenannten „wichtigen“ Tagungen r-mal betrieben und auch ihre diesbezügliche Auffassung in die Welt hineinposaunten. Es ist das alte, ewig-neue Lied von der Schuld der Gewerkschaften, was man diesmal „die marxistisch-sozialistischen Einwirkungen“ nannte.

Diese terminologische Wandlung, also die Auswechslung des alten Schlagwortes durch das hier wiedergegebene neue ist nicht zufällig, sondern symbolisch. Das ist rassistisch-nationalsozialistische Terminologie, die sich hier kundgibt und die für sich zu verwenden ja viele auf dieser Tagung vertreten gewesen ein gutes Unrecht besitzen. Bei genauerer Prüfung würde sich nämlich ergeben, daß jedes nationalsozialistische Schlagwort mit mindestens einem Tausendmarkstein aus den Taschen des reaktionären deutschen Arbeitgeberertums prämiert ist und damit ja auch erst im „guten Bürgerertum“ salonfähig wurde.

Herr Dr. Brandi, der Vorsitzende des Vereins, war es, der zur Begeisterung der vorgenannten Sorte der Versammlungsteilnehmer die Schuld der marxistisch-sozialistischen Einwirkungen glaubte feststellen zu sollen. Er leitete seine Anklage ein durch die Feststellung, daß die wirkliche Lage der deutschen Wirtschaft schon seit Jahren vernebelt gewesen sei durch den Zustrom ausländischen Geldes (Auslandsanleihen). Da aus dem Pressebericht nicht hervorgeht, ob er die Auslandsanleihen in den vergangenen Jahren als verkehrt oder sonstwie wertlos, wollen wir es ebenfalls unterlassen, hierzu unsererseits in diesem Zusammenhang ein Werturteil abzugeben.

Herr Brandi und die Erfüllungspolitik.

Anders ist es aber mit der Feststellung Brandis, daß infolge dieser Vernebelung eine „sinnlose Erfüllungspolitik“ betrieben wurde, worin sich ebenfalls eine auffallende Geistesverwobenheit mit der faschistischen Ideologie offenbart.

Das ist dörfliche Piffigkeit, was aus dieser Feststellung des Herrn Brandi spricht und nicht staats- und wirtschaftspolitischer Führergeist, den man eigentlich bei einem Manne in der Rangstellung des Dr. Brandi erwarten dürfte. Heute, 1932, in diesem Tone hochmütig von „sinnloser“ Erfüllungspolitik reden, ist gleichbedeutend mit der Feststellung jenes Naziredners, der in einer Versammlung seiner staunenden und vor Begeisterung hierüber aufschreienden Zuhörerschaft zurief, daß dann, wenn jeder deutsche Soldat im Weltkriege, so wie Adolf Hitler, ganz allein 15 feindliche Soldaten gefangen hätte (ob wohl Herr Brandi diese „Heldentat“ glaubt?), der Weltkrieg sehr schnell und schmerzlos zu Ende gewesen wäre.

Sollte Herr Brandi wirklich im Ernste glauben, daß auch schon im Zeitraum 1920 bis 1930 eine reparationspolitische Entwicklungsmöglichkeit bestanden hätte, wie sie mit dem neuen Jahrzehnt offenbar wird, wenn nur das deutsche Volk dazu gewillt gewesen wäre? Das wäre freilich katastrophal, nicht nur für den Verein, dessen Vorsitzender dieser Mann ist, sondern für die ganze deutsche Wirtschaftsgesellschaft, für die doch die Rangstellung Brandis immerhin nicht ganz wirkungslos bewertet werden kann. Ein Mann, der sich die westpolitische und weltwirtschaftliche Problematik so einfach vorstellt, wie es in dieser Auffassung von Dr. Brandi zum Ausdruck kommt, der ist eine Gefahr in seiner Rangstellung. Und wenn Herr Brandi als der Exponent seiner Klasse und der unter seinem Vorhitz zusammengeschlossenen privatkapitalistischen Führerschaft sich in dieser Weise offenbart, dann ist es allerhöchste Zeit, daß die Forderung auf Verstaatlichung der gesamten Schwerindustrie Erfüllung findet, weil so wenig Hoffnung

auf diese privatkapitalistische Führerschaft für die Wirtschaftsgesellschaft übrigbleibt.

Weiß denn Herr Brandi gar nichts mehr von den furchtbaren Folgen, die Volk, Staat und Wirtschaft erwachsen aus dem ersten Versuche einer Abwehr reparationspolitischer Erpressungen durch den sogenannten passiven Widerstand? Oder war das damals so, daß jenes Unternehmen, so wie bis heute noch vielfach behauptet wird, für die Montanherrn an der Ruhr ein sehr rentables und gewinnbringendes Ereignis war?

Wenn dem so ist, dann möchten wir diesen Herren doch empfehlen, schamhaft ihr Haupt zu verhüllen und zu dieser ganzen Frage zu schweigen. Wenn es nicht so ist, wenn sie ebenso wie das Volk durch jenes Ereignis in ungeheure Not gezwungen wurden, wenn auch ihnen, so wie dem Volke, ihre ganzen privaten Werte verloren gingen im Strudel der Inflation, und wenn sie nicht, hinter naziotischem Pfrannenel heraus, die Behauptung wagen, daß wir mit einer anderen Form der Abwehr, durch den offenen Krieg, uns der Fesseln hätten entledigen können, dann kann eine Feststellung, wie sie Herr Brandi hier glaubte machen zu sollen, nur Ausdruck grenzenloser Demagogie sein oder, wie wir oben sagten, dörfliche Piffigkeit verraten. Im letzteren Falle aber sollte der Betreffende sich mit der Rolle eines wirklichen Dorfpolitikers begnügen und nicht mit Stellen betraut werden, von denen das Geschick weiter Volkstreife mitbestimmt wird.

Wir kennen Herrn Brandi zuwenig, um in diesem Falle feststellen zu können, was denn tatsächlich auf ihn zutrifft. Keinesfalls aber kann das Volk weiter zusehen

Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskrise.

Neben der „sinnlosen Erfüllungspolitik“ wurden selbstverständlich die Gewerkschaften unter Hauptanklage gestellt, wie eingangs schon erwähnt. In dieser Rolle des Anklägers ergänzten sich Herr Brandi und Herr Bergasseffor Dr. von Loewenstein gegenseitig. Wie immer, wurde auch jetzt wieder „festgestellt“, daß in der Hauptsache die von den Gewerkschaften betriebene und erzwungene Lohn- und Sozialpolitik als Hauptübel zu betrachten sind. Die viel zu hohen Löhne und sozialen Leistungen hätten verhindert, daß die Unternehmen Eigenkapital bilden konnten, weshalb wir erst die Auslandsanleihen hätten aufnehmen müssen.

Grundsätzlich sei hier festgestellt, daß die deutsche Eigenkapitalbildung in den Jahren 1924 bis 1930 verhältnismäßig als sehr gut bezeichnet werden muß, da sie wohl mit 50 bis 60 Milliarden Mark nicht zu hoch veranschlagt sein wird. Und daß die Löhne und sozialen Lasten die deutschen Unternehmer nicht erdroffelt haben, ist schon dadurch erwiesen, daß sie, trotz der fälschlich angeklagten Gewerkschaftspolitik, sich einen Produktionsapparat und Wirtschaftsmechanismus schaffen konnten, der geradezu als übermodern und überorganisiert bezeichnet wird, was doch nicht nur auf die sogenannte Rationalisierungstucht zurückzuführen ist, sondern vor allem auch auf die Tatsache, daß die Verantwortlichen mit der notwendigen Finanzierungsmöglichkeit rechnen durften. Durften sie das letztere, dann ist das Beweis dafür, daß neben und trotz der deutschen Lohn- und Sozialpolitik ein guter privatkapitalistischer Wirtschaftserfolg bestanden hat. Durften sie das aber nicht, dann sind die vorgenommenen Maßnahmen wirtschaftlich unverzüglich und wäre damit die direkte Alltagsarbeit der Unternehmer an der heutigen Wirtschaftsmisere nachgewiesen.

Aber wie gesagt: sie durften tatsächlich damit rechnen, daß ihnen ein normaler Wirtschaftserfolg bechieden sei. Wenn das heute anders ist, dann ist das lediglich auf die von Zeit zu Zeit unweigerlich in die Krise führende privatkapitalistische Entwicklung selbst zurückzuführen, nicht aber auf die deutsche Gewerkschafts-, also Lohn- und Sozialpolitik. Mit Verlaub: Sind die deutschen Gewerkschaften etwa auch an der amerikanischen, englischen, italienischen, kurz, an der Weltwirtschaftskrise schuld? Also, man unterlasse doch endlich einmal diese blöden Behauptungen von der Schuld der Gewerkschaften, die ja doch allmählich nur blamierend wirken für die Ankläger selbst. Es ist selbstverständlich, daß jetzt, in der Krise, die Privatkapitalisten die durch Vertrag und Gesetz geschaffene gewisse Lohnstarre und feste Sozialbelastung als ein Hindernis empfinden in ihrem privatkapitalistischen Bemühen, die Krise zu meistern. Aber behaupten, daß wegen dieser Tatsache die Krise ausgelöst oder herbeigeführt worden sei, ist ein Beweis dafür, daß eines Teils der privatkapitalistischen Theoretiker und Führer bester Teil nur Schwäche und reaktionärer Klassenhaß ist gegenüber dem um sein Recht kämpfenden Arbeiter.

Vielleicht gestatten uns die Herren Rechenbarone die andere Frage: Wie nun, wenn für die deutsche Reparationszahlung, die wir alle längst als auf die Dauer für untragbar

und, ohne die richtige Abwehr, über sich ergehen lassen, daß sich das politische Demagogentum, gepaart zwischen diktatorlüsternen Volksemigranten und dem Gespinnst des reaktionären Herrtums, durch verleumderische Geschichtsdarstellung der heranwachsenden Jugend versichern will, um so schließlich doch noch die Macht in seine Hände zu bekommen. Wir sind uns mit Herrn Brandi vollständig einig darüber, daß die Reparationen unendlich viel Rot in die Welt, also nicht nur nach Deutschland, gebracht haben. Aber darüber werden auch Herr Brandi und seine Freunde mit uns einer Meinung sein, daß all die Zustände in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht, wie sie durch die — aus den Verhältnissen heraus erzwungene — Erfüllungspolitik nach dem passiven Widerstande geschaffen wurden oder sich von selbst ergaben, unendlich weniger und tragbarer waren, als die Zustände des passiven Widerstandes in Permanenz es gewesen wären, gar nicht davon zu reden, welche ungeheure staats- und gesellschaftspolitische Konsequenzen die Fortsetzung oder Wiederholung jener Zustände hätten zeitigen müssen.

Und nur Männer mit dem Gehirn — oder vielleicht besser der Hirnlosigkeit — solcher Menschen, die ernstlich vor der Geschichte behaupten, „mit soldatisch zwingendem Herrenblut“ im Kriege über ein Duzend bewaffneter Feinde niedergezwungen und zu Gefangenen gemacht zu haben, können der Auffassung zuneigen, daß das deutsche Volk seine Reparationen dann losgeworden wäre, „wenn es nur gewollt hätte“! So wie die Verhältnisse lagen, konnte eben nur ein dem deutschen Volke helfen, und zwar, daß vor aller Welt offenbar wurde, daß wir die Reparationen eben nicht zahlen können.

erkannt, nur dadurch Beilegung erwartet werden konnte und durfte, daß die Unmöglichkeit der Leistung vor aller Welt offenbar würde, die deutsche Arbeiterschaft nun ihrerseits auch den Kampf um ihre materielle Sicherstellung, der niederbrechenden Wirtschaft zuliebe, eingestellt hätte?

Diese Frage bitten wir die Herren Unternehmer einmal in ihrer ganzen Konsequenz zu beantworten. Die Antwort ergäbe dann folgende Möglichkeiten: Entweder glauben die Unternehmer im Ernst daran, daß die deutschen Gewerkschaften an der Krise schuldig sind, also auch, daß ohne die Gewerkschaften, bei wirtschaftspolitischer Freiheit des Handelns für die Unternehmer, die Krise hätte vermieden werden können. Wenn ja, dann bestreiten sie damit die Auffassung der ebenfalls aus privatkapitalistischer Wirtschafts- und Weltanschauung heraus handelnden Regierungs- und Staatspolitiker in den Siegerstaaten, die grundsätzlich die Reparationszahlung durch Deutschland für möglich halten. Das hieße nämlich gleichzeitig, daß nicht die Reparationen das Wirtschaftselend verursachten, sondern nur die Gewerkschaften.

Weiter: Glauben die Unternehmer im Ernste, daß dann, wenn, nach ihrer Auffassung, die Krise durch Ausschaltung der Gewerkschaften verhindert worden wäre, auch nur ein einziger Mensch außerhalb Deutschlands für Streichung der Reparationen hätte gewonnen werden können? Oder glauben sie im Ernste, daß sich wohl als Folge der Reparationszahlung eine Weltkrise entwickeln mußte, Deutschland aber eine Insel der Wirtschaftseligen hätte bilden können, wenn nur die Gewerkschaften nicht gewesen wären?

Nein, das glauben sie alles nicht. Aber sie schimpfen. Sie schimpfen auf uns aus Prinzip. Weil sie uns hassen. Sie sehen in uns die Arbeitsnechte, die nach Gleichberechtigung im Leben streben. Und sie wollen doch die Herren bleiben. Und sie hätten es so gerne gesehen, wenn gerade das Arbeitsvolk von dieser Krise zermalmt worden wäre. Und das wäre doch ohne die Gewerkschaften der Fall gewesen. Wo wäre denn die Arbeiterschaft ohne die Gewerkschaften? Man höre doch die Unternehmer! Die Löhne wären heute völlig zusammengebrochen. Die Sozialversicherung fast zerstört. Die Arbeitslosenversicherung befeuchtet. Wozu? Um die Wirtschaft zu retten! War denn diese Wirtschaft zu retten? Mußte sie nicht zusammenbrechen? Schon wegen der Reparationen? Oder ist das, was gerade diese Herren von „Untragbarkeit der Reparationen“ reden, nur dummes Geseufz? Wenn nicht, mußte es dann nicht auf jeden Fall zu diesem Ende kommen? Auf welcher sozialwirtschaftlichen Tiefstufe aber hätte diese Situation dann die Arbeiterschaft angetroffen, wenn vorher die Pläne der Unternehmer Verwirklichung gefunden hätten? Das sind Fragen, von denen jede folgende die vorausgehende auch beantwortet. Wir wissen, die Unternehmer werden auch daraus nichts lernen. Sie werden weiter schimpfen. Die Arbeiterschaft aber rüstet! Sie rüstet, um zu siegen. Deshalb, Kumpels, her zu uns, damit der Sieg ein ganzer wird!

Aus dem Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft.

Erstattet in der Vollversammlung des Reichskohlenrates am 18. März 1932.

Von Berghauptmann Bennhold.

I.

Die Gesamtkohlenförderung Deutschlands ohne Saar (Kohlenförderung auf Steinkohle umgerechnet) mußte im Berichtsjahr 1931 auf knapp 148 1/2 Mill. To. gegenüber reichlich 175 Mill. To. im Vorjahr, also ebenso wie im Vorjahr gegenüber 1929 wiederum rund 27 Mill. To. herabgedrückt werden. Die Gesamtproduktion des Berichtsjahres ist damit ungefähr auf den im Jahre 1906 im damaligen Deutschland erreichten Stand herabgesunken. Dabei lagerten Ende Dezember 1931 geradezu unwahrscheinliche Berge von Brennstoffen, nämlich beinahe 5 Mill. Tonnen Steinkohlen, annähernd 6 1/2 Mill. To. Koks, reichlich 82 000 To. Steinkohlenbriketts, alles in Steinkohlenwert zusammengefaßt nahezu 13 1/2 Mill. To., ferner beinahe 1 1/2 Mill. To. Braunkohlenbriketts unverkauft auf den Halben und in den Stapeln, und zwar belastet diese unproduktiven, im Laufe der Zeit auch noch der fortschreitenden Wertverminderung ausgelegten Vorräte, wenigstens was die Steinkohlen anbetrifft, die Unternehmungen im wesentlichen ununterbrochen schon seit Jahresfrist. Die Halbenmengen im Ruhrbezirk sind gegen Ende 1930 nur um etwa 5 1/2 Prozent, diejenigen West-Oberschlesiens in Steinkohlen allerdings stark, von rund 402 000 To. auf etwa 818 000 To. angestiegen, während die freilich schon Ende 1930 reichlich hohen ober-schlesischen Kokshalben von rund 467 000 To. sich dank schärfster Drofflung der Herstellung nur noch verhältnismäßig wenig vermehrt haben. Die als allem ersichtliche Einschränkung der Produktion führte zwangsläufig zu einem weiteren starken Abbau der im Kohlenbergbau tätigen Arbeiterschaft. In der deutschen Steinkohle (ohne Saar) waren Ende Dezember 1931 nur noch reichlich 332 000 Arbeiter gegen 595 000 Ende 1928 beschäftigt; gegen das Vorjahr sank die Zahl um beinahe 19 1/2 Prozent. Im deutschen Braunkohlenbergbau hat sich die Belegschaft von reichlich 91 000 Ende 1928 auf etwa 69 000 Ende 1931 und gegen das Vorjahr 1930 um 7 Prozent vermindert. Trotz dieser harten Eingriffe in den Stand der Belegschaften dauerte auch im Laufe des Berichtsjahres die Notwendigkeit weiterhin an, unter empfindlichen Verlusten für die Arbeiter wie auch für die Unternehmungen überaus zahlreiche Feierschichten aus Absatzmangel einzulegen. Im Ruhrbezirk gingen der Arbeiterschaft auf diese Weise reichlich 9 1/2 Millionen Schichten, fast ebensoviel wie im Vorjahr, die sich damals aber auf eine wesentlich größere Belegschaft verteilten, verloren, so daß sich im großen Durchschnitt für das Belegschaftsmitglied ein Arbeitsmonat von nur etwas über 20 Verdiensttagen und damit eine sehr fühlbare Schwächung des auch von Lohnherabsetzungen nicht verschonten Monatseinkommens ergab. Wehliche Erfahrungen mußten auch die anderen Steinkohlenreviere und zeitweise auch der Braunkohlenbergbau machen. Die im Herbst 1931 von der Regierung ausgesprochene, übrigens aus allgemeinen Rücksichten nicht unbedenkliche Befreiung des Steinkohlenbergbaues unter Tage von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung hat für den begünstigten Teil der Arbeiter und Angehörten nur eine recht beschränkte Erleichterung schaffen können.

Unter dieser ganzen Entwicklung, die sich mit besonderer Wucht auch auf die Leistungsfähigkeit der in erster Reihe aus dem Kohlenbergbau alimentierten Reichsnachschicht auswirkt, hat sich begreiflicherweise, namentlich auch unter dem Druck der langen Dauer der Krise in den bereinigten Kreisen der Unternehmungen und der vom deutschen Kohlenbergbau wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung nachgerade eine sehr ernste und gedrückte Stimmung herausgebildet, wobei aber nicht genug hervorgehoben werden kann, mit welcher anerkennenswerten Verbundenheit sich die Bergarbeiterschaft im großen ganzen in die für sie mit schwersten Opfern verbundenen Unvermeidlichkeiten des wirtschaftlichen Ergehens hineingefunden hat.

Wenn aus solcher Stimmung heraus gegenwärtig wieder einmal mit besonderer Lebhaftigkeit der Ruf nach Verstärkung des gesamten deutschen Kohlenbergbaues laut wird, eine Bewegung, die sich jüngst sogar zu einem Initiativaufruf der Sozialdemokratischen Partei an den Reichstag verdichtet hat, so mag sich dies aus den obwaltenden Umständen erklären und man wird mit Spannung den weiteren Verhandlungen über dieses schwerwiegende Problem, das bekanntlich schon vor zwölf Jahren die damalige Sozialversicherungs-Kommission in langwierigen Sitzungen eingehend beschäftigt hat, entgegensehen müssen.

Krümpertum im Bergbau.

Von den sonstigen Steinkohlenrevieren, unter denen Niederachsen am wenigsten in seiner Kohlenförderung zurückgegangen ist — seine Kokszeugung hat es sogar etwas steigern können —, ist verhältnismäßig am meisten Niederschlesien vom Abfall der Kohlegewinnung getroffen worden. Er beträgt gegen das Vorjahr beinahe 21 Proz., die Koksherstellung ist um 25,5 Proz. abgefallen. Seine Belegschaft hat um rund 6000 Köpfe, das ist um etwa 24 Proz., vermindert werden müssen, wobei die lang umstrittene Betriebseinstellung der bekanntlich vorzugsweise mit Kohlenzweigwaren besetzten Wenceslaus-Grube eine besondere Rolle gespielt hat. Der wirtschaftliche Druck, der seit langem über dem Revier liegt und durch die inzwischen über den fürstlich Plehischen Bergwerksbesitz verhängt hereingebrochenen finanziellen Schwierigkeiten verstärkt worden ist, wird natürlich durch die zunehmende dauernde Arbeitslosigkeit der Bergarbeiterbedeutung empfindlich vermehrt. Zu ihrer tümlichen Abmilderung ist seit Herbst v. J. auf Grund eines zwischen den Organisationen abgeschlossenen Abkommens auf der Mehrzahl der Gruben des Bezirkes eine Beschäftigungsregelung im Gange, inhaltlich deren die zur Erzielung der errechneten normalen Förderung erforderliche Belegschaft um ein Siebentel vermehrt worden ist, und dann kolonnenweise abwechselnd je ein Siebentel der Arbeiterschaft je einen Monat lang feiert. Dieses feiernde Siebentel erhält, was durch die Bestimmung der Oktober-Notverordnung zulässig erklärt worden ist, eine begrenzte Arbeitslosenunterstützung. Die Erfahrungen mit diesem System, das in begründeter Weise geeignet erscheint, den wirtschaftlich und namentlich auch zeitlich wiederdrückenden Folgen unabsehbarer Arbeitslosigkeit bis zu einem gewissen Grade zu steuern, haben dazu geführt, seine Anwendbarkeit auch in anderen Steinkohlenrevieren sorgfältig zu prüfen. Weder haben, da sich die maßgebenden Umstände hier anders als in Niederschlesien gelagert herausgestellt haben, diese Bemühungen nicht zu dem gleichen Verfahren führen können. Man ist aber z. B. im Ruhrrevier in der letzten Zeit mehrfach, namentlich auf denjenigen Gruben, die je nach der Lage des Marktes weniger gangbare Kohlen fördern, zu einer anderen, denselben Zweck verfolgenden Regelung, der sogenannten Drei-Tage-Arbeitswoche gelangt. Hierbei arbeitet jedes Mitglied der Belegschaft nur drei Tage in der Woche und erhält für die restlichen drei Tage eine begrenzte Arbeitslosenunterstützung. Damit kommt es für die Regel auf einen immerhin die reine Arbeitslosenunterstützung nach etwas übersteigendes Monatseinkommen und behält namentlich aber seine Zugehörigkeit zur Belegschaft, eine besonders für den älteren Bergmann im Hinblick auf die Zukunft wertvolle Sicherung. Freilich verlangt diese Regelung von der durch sie betroffenen Belegschaft im Vergleich zu den, wenn auch mit Feiers-

schichten, so doch aber im ganzen noch regelmäßiger arbeitenden anderen Belegschaften unverkennbare Opfer, auf deren tümliche Abschwächung mit anderen Mitteln, z. B. mit Hilfe der verfügbaren Mittel aus der Arbeiter-Unterstützungskasse, Bedacht genommen wird. Dieser von den Grubenleitungen im Einvernehmen mit den Betriebsvertretungen versuchte, auch im Sinne der jetzt stark betonten Arbeitszeitverkürzung liegende Ausweg läßt erhoffen, daß wenigstens etwas an der Schwere der Lage der Bergarbeiterschaft gemildert werden kann.

Die Entwicklung im Ruhrrevier.

Am schärfsten von allen Revieren hat die krisenhafteste Entwicklung mit ihren für die Belegschaften und die ganze Bevölkerung sowie für die Unternehmungen gleich empfindlichen Folgen das Ruhrrevier getroffen. Sein Förderrückgang im verfloßenen Jahre gegen 1930 beträgt reichlich 21 1/2 Millionen Tonnen Kohle, das ist 20,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr und 25,3 Prozent gegenüber 1928; mit einer Jahresförderung von etwas über 85 Millionen Tonnen ist das Revier etwa auf den Stand des Jahres 1909 zurückgeworfen worden. Noch empfindlicher ist seine Kokszeugung gesunken: mit einem Rückgang auf rund 18,8 Millionen Tonnen bleibt sie um 32,3 Prozent unter der des Vorjahres und um 37,1 Prozent unter der des Jahres 1928, während sie im Rekordjahr 1929 nahezu 34 1/2 Millionen Tonnen betragen hatte. Auch sie ist weit unter den Vorkriegsstand, etwa auf die Stufe des Jahres 1910, herabgedrückt. Die arbeitstägliche Kohlenförderung, die in 1930 noch einen Jahresdurchschnitt von 354 200 Tonnen gegen 407 200 Tonnen in 1929 zeigte, hat nur im Januar 1931 die Grenze von 300 000 Tonnen überschritten, ist seitdem ununterbrochen zum Teil sehr erheblich unter dieser Grenze geblieben, um mit einem Jahresdurchschnitt von

Jeder Kamerad

muß unermüdet für die Stärkung seiner Organisation arbeiten. Jeder muß neue Mitglieder werben!

Erfülle auch du deine Pflicht!

nur 282 700 Tonnen abzuschneiden. In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich dieser Stand sogar noch weiter verschlechtert. Trotz dieser gewaltigen Drofflung der Gewinnung haben sich in dem oben erwähnten Umfang die Halbenvorräte aufgetürmt, die zusammen mit den in den Syndikatslagern vorhandenen Beständen zur Zeit nahezu das Doppelte einer Monatsförderung, wie sie sich in den letzten Monaten gestaltet hat, ausmachen.

Der nach alledem unumgängliche Belegschaftsabbau, der im 1930 schon rund 90 000 Mann erfaßt hatte, hat bis Ende 1931 noch um weitere rund 65 000 Köpfe zugenommen, so daß die Grubenbelegschaft des Ruhrreviers Ende 1931 mit rund 210 000 Mann beträchtlich unter dem Durchschnittsstand des Jahres 1909 gesunken ist. Dabei lassen die Erfahrungen der letzten Wochen leider erkennen, daß die sich immer weiter verschlechternde Absatzlage noch fortgesetzt fühlbare Belegschaftsvermindierungen unvermeidbar machen wird. Die Zurückweisung der Belegschaft hat sich zum größeren Teil auf dem Wege ihrer Verdünnung vollzogen, aber daneben hat es sich angesichts der Zuspitzung der Verhältnisse doch auch nicht vermeiden lassen, eine im Verhältnis zu den beiden Vorjahren größere Anzahl bedeutender Zechenanlagen, nämlich 15 mit rund 23 000 Mann stillzuliegen. Daß dieser für die Beteiligten, Besitzer wie Belegschaften und Betriebsgemeinden freilich immer sehr schwere und schmerzliche Ausweg vom Kohlen- und damit volkswirtschaftlichen Standpunkt aus der sogenannten negativen Rationalisierung an sich vorzuziehen ist, habe ich bereits in meinem vorjährigen Bericht näher dargelegt. Unter dem Druck dieser ganzen, von der Wucht der wirtschaftlichen Tatsache diktierten Entwicklung drängt sich der Ruhrbergbau mehr und mehr auf eine geringere Anzahl von Schachtanlagen, die in der Kohlenablagerung bevorzugt, organisch konzentriert und am besten maschinell durchgebildet sind, zusammen. Nicht zum mindesten daher rührt auch das im Berichtsjahr wieder ständig zu beobachtende weitere Ansteigen des Förderanteils je Schicht und Kopf der bergmännischen Ruhrgelechtsbelegschaft: mit 1490 Kilogramm im Durchschnitt des Jahres 1931 zeigt er gegenüber dem einschlägigen Jahresergebnis 1913 ein Anwachsen um 58 Prozent, während die Steigerung im Durchschnitt des Jahres 1930 erst 43,5 Prozent betragen hatte.

Für die verhängnisvolle Verschlechterung der Absatzlage, die in erster Reihe die gegenwärtige Not der deutschen Steinkohle verschuldet, sind die Abgahzahlen des Ruhrsyndikats besonders charakteristisch. Der Abfall auf Rechnung des Syndikats, der in 1930 noch etwas über 66 Millionen Tonnen (Koks und Briketts in Kohle umgerechnet) betragen hatte, fiel in 1931 auf rund 57 Millionen Tonnen, zeigte also einen Abfall um 13,6 Prozent gegen 1930 und um 22,7 Prozent gegen 1928. Dabei war der Rückgang des Wertandes in das sogenannte unbeschränkte Gebiet stärker, nämlich um 15,8 Prozent gegen 1930 und um 33,3 Prozent gegen 1928, während die entsprechenden Rückgangsverhältnisse für das beschränkte Gebiet nur 11,5 Prozent und 9,2 Prozent betragen. Es zeigt sich also eine bemerkenswerte, aus den Rücksichten auf die Wahrung der Rechte der Beschäftigten erklärende Verschlebung des Wertandes vom unbeschränkten in das beschränkte Gebiet hinüber: während der Wertand ins beschränkte Gebiet in 1928 erst 44 Prozent des Gesamtabfahses ausmachte, ist dieser Anteilssatz in 1931 auf 51,7 Prozent angestiegen.

Der Kohlenmarkt.

Die aus alledem sich ergebende Absatznot der deutschen Kohle beruht vor allem auf der verschärften Einschränkung des heimischen industriellen Kohlenverbrauchs. Während man im vorjährigen Bericht noch darauf hinweisen konnte, daß in 1930 die Befriedigung des Hausbrandes gegen das freilich durch ungewöhnliche winterliche Kälte ausgezeichnete Vorjahr 1929 bemerkenswert stärker als der industrielle Absatz zurückgegangen war, zeigt das Jahr 1931 das umgekehrte Verhältnis. Die Entnahme an Hausbrand in Steinkohlen und Koks hat in 1931 gegen das Vorjahr um 7,7 Prozent und in Braunkohlen gar um 10,5 Prozent zugenommen, während der industrielle Verbrauch in Steinkohlen und Koks um 23,5 Prozent und in Braunkohlen um 15,1 Prozent gegen 1930 gesunken ist. Auch die vorliegende graphische Darstellung über den deutschen Kohlenverbrauch läßt für eine längere Entwicklungszeit mit einer plastischen Deutlichkeit erkennen, wie entscheidend eng das wirtschaftliche Ergehen namentlich der deutschen Steinkohle mit dem ganzen industriellen Konjunkturstande

verknüpft ist. Zu einer gewissen Einsparung im Brennstoffkonsum mag ja auch die zunehmende wirtschaftliche Bedrängnis der Bevölkerung beigetragen haben, wie auch der allgemeine Umsatz bei den deutschen Konsumvereinen in 1931 eine gewisse Einengung zeigt. Aber maßgebend bleibt für die deutsche Kohlenmarktfrage doch in der Hauptsache immer der Stand des industriellen und gewerblichen Lebens, und zwar besonders der auf dem Gebiet der Produktionsgüterindustrie. Für die arbeitslose Bevölkerung ist übrigens während der Wintermonate eine besondere Brennstoffversorgung eingerichtet, vermöge deren mit Hilfe der Produktion, des Handels, des Reiches und der Reichsbahn verbilligte Brennstoffe abgegeben werden. Auf diese Weise sind z. B. im Bereich des Ruhrkohlenbriketts bis einschließlich Februar d. J. 475 000 To. Halbenkohlen an die Beteiligten gelangt, während auffälligerweise in Groß-Berlin die Nachfrage nach den verbilligten Braunkohlenbriketts dem Vernehmen nach verhältnismäßig gering geblieben ist. Mißbräuchliche Ausnutzung auch dieser Wohlfahrtsanordnung ist leider nicht ausgeblieben.

Die Preisbewegung.

Mit der drückenden Absatznot, die auch mit Hilfe der jüngsten zehnprozentigen Preislenkung und durch die fühlbaren Transportvergünstigungen des Dezember 1931 und Januar 1932 bisher nicht irgendwie nennenswert erleichtert worden ist, hängt auf das innigste das empfindliche Absinken der Erlöse zusammen, das im deutschen Steinkohlenbergbau seit längerer Zeit zu beobachten ist. Die Gründe hierfür, der scharfe Wettbewerb der heimischen Reviere untereinander und mit der fremden Kohle, die Abwärtsbewegung des für den Weltmarkt maßgebenden englischen Durchschnitts-kohlepreises, deren Wirkung durch die seit Ende September 1931 eingetretene Entwertung des englischen Pfundes noch empfindlich verstärkt worden ist, die damit im Zusammenhang stehende fallende Tendenz der Seefrachten sind zu bekannt, als daß man darauf näher einzugehen braucht. Die bedauerliche Wirkung dieser ganzen Entwicklung zeigt sich charakteristisch in der Höhe der vom Ruhrkohlenbriketts erhobenen Syndikatumlage, die im Laufe des Berichtsjahres für die auf Verkaufsbeteiligung abgesetzten Mengen von 2,25 M. je Tonne Anfang 1931 in fast ununterbrochener monatlicher Steigerung bis zum Dezember 1931 auf den noch nie auch nur annähernd erreichten Betrag von 3,94 M. erhöht werden mußte. Dieses Anwachsen ist um so beachtender, als es notwendig geworden ist, trotz der gewissen Erleichterung, die der neue, nach langen Mühen erst im 1. September 1931 zustande gekommene, vom Großen Ausschuss auf Grund der vorjährigen Ermächtigung am 12. August genehmigte Syndikatvertrag der Verkaufsbeteiligung gegenüber der Verbrauchsbeteiligung bei der Umlageverteilung gebracht hat. So sind die monatlichen Durchschnittserlöse im Ruhrgebiet je Tonne, nachdem die allgemeine Preislenkung im Dezember 1930 bereits einen merklichen Erlösabschlag verursacht hatte, seitdem fast ständig weiter herabgegangen und lagen im Dezember 1931 nahezu 13,5 Prozent unter denen des gleichen Monats 1930. Zu dieser Erlösminde- rung trat jetzt seit Januar 1931 die Folgen der durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 diktierten Senkung der sogenannten Reichsanzeigerpreise um 10 Prozent, deren Wirkung noch durch die nicht für abwärts ab erklärte Erhöhung der Umsatzsteuer fühlbar gesteigert worden ist. Der durch die Preislenkung weiterhin gedrückte Erlös lag im Januar 1932 nunmehr um nahezu 18 Prozent unter dem Dezembererlös 1930. Diese Ausfälle stehen allerdings infolge der Tarifsenkürzungen und des Anwachsens des Förderanteils merktlich niedrigerer Arbeitskosten je Tonne und sonstige gewisse Erleichterungen gegenüber, die aber, besonders da der stark gesunkene Absatz auch die sogenannten fixen Kosten je Tonne wieder vergrößern muß, nicht verhindern können, daß die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues, zumal auch der Nebenproduktmarkt, namentlich in Stickstoff und Benzol, viel zu wünschen übrigläßt, nachgerade erschreckend notleidend geworden ist. Dies weist auch die bis her laut gewordenen Geschäftsergebnisse zur Genüge aus, und es kann nur gehofft werden, daß es wie bisher so auch weiterhin gelingen möge, wenigstens die flüssigen Mittel trotz des Brachliegens der in den unverkauften Mengen stehenden großen Werte so weit aufrechtzuerhalten, um den dringendsten gefühlten Anforderungen gerecht zu werden. Im wesentlichen dieselben ersten wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind unverkennbar auch in fast allen übrigen deutschen Steinkohlenrevieren festzustellen, und nicht zum mindesten daher schreibt sich die Hartnäckigkeit, mit welcher seitens der Produktion die jüngste Neu- regelung der Kohlentarife und die durch sie bewirkte Verschlebung der Wettbewerbslage bekämpft wird.

Einfuhr ausländischer Kohle.

Aus dieser Not heraus, in der sich der Ruhrbergbau seit längerer Zeit befindet, ist es auch zu verstehen, wenn er in den letzten Wochen mit besonderem Nachdruck gegen die Einfuhr britischer Kohle aufgetreten und neben einer weiteren Erleichterung der Küstentarife ihre starke Drofflung sowie zum Schutz gegen ihren durch die Pfundentwertung merkbar gesteigerten Preisdruck die Erhebung einer Valuta-Ausgleichsabgabe verlangt hat. Diesen Wünschen hat die Reichsregierung jüngst wenigstens insoweit nachgegeben, als sie über die bisher schon durchgeführte Drofflung der Einfuhrkontingente hinaus eine weitere fühlbare Einschränkung des Imports britischer Kohle vom 1. März und 1. April 1932 ab vorgesehen hat. Dem weiteren Verlangen nach einer Valuta-Ausgleichsabgabe scheint wohl aus allgemeinen handelspolitischen Rücksichten der Erfolg versagt bleiben zu sollen. Vielleicht spielt dabei auch der Umstand eine gewisse Rolle, daß gerade jetzt seit dem 25. Februar 1932 Frankreich, das seit November 1931 eine solche Abgabe auf die Einfuhr britischer Kohle gelegt hatte, diese Maßnahme nach starken englischen Bemühungen wieder aufgehoben hat. Im übrigen darf nicht unerwähnt bleiben, daß wie die Einfuhrkontrolle des Reichskohlenkommissars erweist, auch schon im vergangenen Jahr ein nicht unbedeutlicher Rückgang der britischen Brennstoffeinfuhr nach Deutschland stattgefunden hat: mit einer Gesamtjahressumme von etwas über 3,5 Mill. metr. To. ist sie um 17,2 Prozent geringer als in 1930, und ungefähr in demselben Verhältnis bewegt sich auch ihr Abfall im vierten Vierteljahr 1931 gegenüber dem entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres 1930. Groß-Berlin ist in der Verwendung britischer Kohle von 10,5 Prozent seines Gesamtverbrauchs in 1930 auf etwas über 6 Prozent im Berichtsjahr zurückgegangen. Ebenso zeigt die Befriedigung der deutschen Gaswerke mit ausländischer Kohle, unter der die britische eine besondere Rolle spielt, eine erfreulich rückläufige Bewegung: sie ist, nachdem sie im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahr noch etwas angestiegen war, in 1931 mit einer Jahresmenge von einer starken Million um reichlich 37 Prozent gegenüber 1930 verringert. Allerdings spielt dabei auch die Verminderung des Beschäftigungsgrades der Gaswerke und ferner die Abnahme in dem Bezuge von Saarkohle, deren Einfuhr um 23,9 Prozent gegen 1930 kleiner gewesen ist, wesentlich mit.

13. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 20. März bis 26. März 1932

Streik im polnischen Bergbau.

Wie bereits mitgeteilt, hat der polnische Bergarbeiterverband angesichts des verunglückten Abwehrstreiks im ostoberschlesischen Bergbau angekündigt, daß er in kürzester Zeit eine neue energische Abwehraktion gegen die fortwährenden Lohnreduktionen einleiten werde. Diese Ankündigung hat er in die Tat umgesetzt. Am 18. Februar wurde der Generalstreik in den Revieren Dombrowa und Krakau, die ebenfalls mit einem achtprozentigen Lohnabzug „beglückt“ wurden, ausgerufen. Da in diesen Revieren fast die gesamte Bergarbeiterchaft im Bergarbeiterverband organisiert ist, ist auch eine restlose Streikbeteiligung zu verzeichnen. Nur die notwendigsten Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Um den Streik auch auf Oberschlesien auszudehnen, berief der Verband eine Betriebsrätekonferenz für den 28. Februar nach Katowitz ein. In einer geheimen Abstimmung erklärten sich die Delegierten von 17 ober-schlesischen Gruben für den Streik, 12 Gruben waren dagegen, 2 Gruben gaben weiße Stimmzettel ab, während 11 Gruben überhaupt nicht vertreten waren. Angesichts dieses Abstimmungsergebnisses erklärte die Konferenz, daß unter diesen Umständen es unmöglich sei, den Streik auch auf die ober-schlesischen Gruben auszudehnen und darum die Bergarbeiter der Reviere Dombrowa und Krakau ihren gerechten Kampf gegen die ständigen Lohnraubereien allein durchzuführen gezwungen sein.

Fünf Wochen schon dauert der Streik. Die etwa 30 000 Streikenden halten muster-gütliche Disziplin. Trotz des erbärmlichen Glens zu Hause, trotzdem in vielen Familien kein Bissen Brot und selbst keine Kohle mehr zum Erwärmen der arbeitslosen Wohnung vorhanden ist, wankt die Streikfront nicht. Die Streikenden besleißigen sich einer seltenen Solidarität, keiner springt aus der Reihe. Vor allen Dingen sind es hier die Frauen, die ihre Männer zum Ausharren anfeuern und den Kampfsgeist hochhalten. Sie wissen es ja am besten, wie weit sie mit den wieder um 8 Prozent beschnittenen Löhnen ihrer Männer auskommen.

Die Grubenbesitzer, meist Franzosen, Belgier und andere Ausländer, denken an Zugeständnisse überhaupt nicht. Sie sitzen weit vom Schuß in feudalen Palästen. Sie haben ja genug des schönen Mammons. Was kümmert es sie, wenn fern im Lande der Sarmaten ihre Bergproleten schreien und trotzdem hungern und frieren? In der Lohnfrage verhält sich die Regierung völlig passiv, obwohl sie bei gutem Willen den armen Bergleuten helfen könnte. Da sie aber selbst den Lohnraub diktiert hat, kann man irgendeine bessere Regelung von ihr wirklich nicht verlangen. Wozu hat sie denn die Polizei? Die kann den hungernden Bergleuten schon helfen. Und sie hat geholfen, denn auf einigen Gruben bearbeitete sie versammelte Streikende mit Gummiknüppeln und schoß grandios in die Menge. Fünf Bergarbeiter blieben auf der Strecke liegen. Fünf neue Opfer hat das volksfeindliche Pilsudski-System auf dem Gewissen. Für landfremde Ausbeuter mußte wieder Arbeiterblut fließen. Das kennzeichnet den wirtschaftlichen und politischen Kurs in der „freien“ Republik Polen. Eine ungeheure Erbitterung bemächtigte sich der Arbeiterchaft des ganzen

Landes, so daß selbst der apolitischen Regierungsmehrheit der Uebermut in die Hoien rutschte. Sie unterdrückt alle Nachrichten über die leidenschaftlichen Ausbrüche des Proletes, die oppositionelle Presse winnelt von weißen Zensurstrichen. Sogar die amtliche Telegraphenagentur fiel dem Zensurstrich zum Opfer, weil sie aus Katowitz eine Nachricht über einen Streikbeschluß brachte. Zu Ehren der durch die Polizei ermordeten Bergarbeiter, an deren Bestattung sich riesige Menschenmassen beteiligten, veranstaltete die Warschauer Arbeiterchaft eine fünf Minuten dauernde Arbeitsruhe. Am 2. März, Punkt 10 Uhr, standen alle in Betracht genommenen Vertriebe still. Diese Kundgebung für die Opfer des Grubentapitals verschlehte ihre Wirkung nicht. Im Landtag erklärte die sozialdemokratische Fraktion: „In den Bergbaurevieren werden heute Arbeiter niedergeknallt. Arbeiterleichen liegen auf der Straße. Das beweist, daß die Zeit vorbei ist, in der alles erlaubt ist, in der man die Arbeiterklasse verhöhnen darf. Der heldenhafte Kampf der Bergarbeiter beweist zur Genüge, daß sie nun der unendlichen vielen Mordstrümpfen satt sind. Die Leichen der Arbeiter, die heute durch die Hand des polnischen Polizisten, durch die Schuld des Pilsudski-Systems fallen, beweisen aufs neue, wie weit wir schon gekommen sind. Die Arbeiterklasse wird diesem grauenamen Spiel nicht mehr ruhig zusehen. Heilig sind ihr die Opfer, die heute im heldenhaften Kampf um Freiheit und Brot gefallen sind und deren Namen vom Banner der Freiheit leuchten werden. Angesichts dieser Ereignisse steigt uns die Galle in die Kehle. Wenn die halbamtliche Nachrichtenagentur „Astra“ von Schüssen gegen die Polizei, von kommunistischer Streikführung zu reden wagt, dann ist es unmöglich, daß wir gegenüber all diesen Provokationen ruhiges Blut behaltem.“

Die von den Grubenverwaltungen inspirierte Regierungspresse versucht, den Streik auf das politische Gleis zu schieben, um den Streik abzuwürgen und das brutale Vorgehen der Polizei als berechtigt begründen zu können. Dazu erklärt der Bergarbeiterverband, daß er allein die Führung fest in der Hand habe. Selbstverständlich befänden sich unter den Streikenden auch Kommunisten, die aber solidarisch mitkämpfen, die Streikfront nicht stören und auch keinerlei Versuche machen, die Streikführung an sich zu reißen, da sie zahlenmäßig ganz unbedeutend sind und sich deshalb keinen Erfolg versprechen. Die Anfrage des Arbeitsinspektors, ob der Verband gewillt sei, sich einem neuen Schiedsspruch zu unterwerfen, wurde dahin beschieden, daß dieser Vorschlag zwecklos sei, weil die Streikenden im voraus wüßten, daß ein neuer Schiedsspruch wieder zu ihren Ungunsten ausfallen würde.

Im ganzen Lande werden Sammlungen veranstaltet, um die streikenden Bergarbeiter sowie die Familien der Erschossenen über Wasser zu halten. Tausende von Kindern wurden bei opferfreudigen Familien im Lande untergebracht. Der Kampf der Bergarbeiter ist Sache der ganzen polnischen Arbeiterchaft geworden. Diese schöne Solidarität läßt hoffen, daß der Kampf, der noch viele Wochen anhalten dürfte, doch noch ein gutes Ende findet. Victor Kalinowski.

von Verdienstbeispielen für eine Dekade mit zwei Sonntagen und zwei Feiertagen mit der Frage der Vollzeitschichten nichts zu tun hat und offensichtlich lediglich zur Beeinflussung der Öffentlichkeit bestimmt ist. Die in der weiteren Anlage gemachten Zahlenangaben sind insbesondere hinsichtlich der Anzahl der vollgelegten Wagen als zum größten Teile stark übertrieben festgestellt worden.“

Interessant an dieser Erklärung ist, daß die Arbeitgeber damit den in der Entschliessung der Arbeitnehmergruppe dargestellten Sachverhalt vollinhaltlich bestreiten. Selbst in bezug auf die Zahlenunterlagen, die der Entschliessung beigelegt wurden, die wir aber nicht mitveröffentlichten, wissen die Arbeitgeber nur in Verlegenheit zu sagen, daß sie „zum größten Teil stark übertrieben“ seien, was ebenfalls nur als Bestätigung in grundsätzlicher Hinsicht gewertet werden darf. Es ist also tatsächlich höchste Zeit, daß sich die zuständigen Stellen endlich ernstlich mit diesem ganzen Problem befassen und Abänderung veranlassen.

Betriebsvertretung und Arbeiterschutz.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich in den letzten Jahren die Förderung und Pflege des Arbeiterschutzes im Betrieb besonders angelegen sein lassen. Es konnten dabei sehr wertvolle Resultate erzielt werden auf dem Gebiete der Arbeitsschutzgesetzgebung bzw. Arbeitsschutzbestimmungen. Nun genügt es aber nicht, daß der ADGB seinen Einfluß in dieser Richtung auf die Gesetzgebung ausübt, wofür er gar einen eigenen Delegierten (gegenwärtig ist es Dr. Karl W e n e r - B r o d n i g) bestellt hat, sondern die Arbeiterschaft selbst muß bei der Förderung und Pflege des Arbeiterschutzes tatkräftig mitwirken.

Die Hauptaufgabe bei der Mitwirkung durch die Arbeiterschaft selbst fällt natürlich dem Betriebsrat zu. Pflege und Förderung des Arbeiterschutzes ist überhaupt schon die vornehmste Pflicht der Betriebsvertretung hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Zweckbestimmung. Voraussetzung aber für diesbezügliche beste Pflichterfüllung ist die Kenntnis aller Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die der Betriebsvertretung zur Förderung und Gewährleistung des besten Arbeiterschutzes im Betrieb offenstehen. Die gesetzliche Zuständigkeit der Betriebsvertretung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ist geregelt im § 66 Ziffer 8 und im § 78 Ziffer 6 des Betriebsrätegesetzes. Danach kann und darf nicht nur die Betriebsvertretung selbständig Arbeiterschutzes treiben, sondern diese Tätigkeit wird ihr zu einer gesetzlichen Verpflichtung gemacht. Die Frage bleibt nur vieldieft offen, wie die Betriebsvertretung dieser ihrer Aufgabe am leichtesten und erfolgreichsten gerecht werden kann.

Bei der Vielseitigkeit der Aufgabenerfüllung, die heute einer Betriebsvertretung unterliegt, dürfte es ratsam sein, daß sich jede Betriebsvertretung zumindest dort, wo es sich um größere Betriebe handelt und deshalb auch schon mit einer gewissen Steigtheit der Amtsführung durch die einzelnen Betriebsvertreter gerechnet werden kann, Fachbearbeiter heranzieht für das Gebiet des Arbeiterschutzes im Betrieb. Das soll heißen, daß in den Betriebsvertretungen sich einzelne Mitglieder den Arbeiterschutz als Spezialgebiet auswählen und in seiner Totalität erfordern. Diejenigen, die sich dieser Aufgabe unterziehen wollten, müssen sehr bald merken, daß es innerhalb des Betriebes wohl überhaupt kein Tätigkeitsgebiet mehr gibt, das so interessant, vielseitig und für die Arbeiterschaft nützlich ist, wie gerade dieses. Daß das bisher noch nicht überall richtig erkannt ist, kommt daher, weil das Gebiet des Arbeiterschutzes in seinem ganzen Umfange der Arbeiterschaft selbst noch zu unbekannt ist. Diesem Mangel aber kann abgeholfen werden durch das Studium des vom ADGB herausgegebenen Buches: „Praxis des Arbeiterschutzes und der Gewerbehygiene“, in dem in erschöpfender und leichtverständlicher Weise das ganze Gebiet dieses Problems dargestellt ist, und zwar in seinem technischen, seinem hygienischen und arbeitsrechtlichen Teile. Jede Betriebsvertretung sollte die Anschaffung dieses Buches durch die Betriebsleitung für die Betriebsratsbibliothek erwirken.

Einer Betriebsvertretung, deren Spezialbearbeiter dieser Frage sich durch ein solches Buch die notwendigen allgemeinen Fachkenntnisse erworben haben, wird es ein leichtes sein, durch geschickte Organisation und Taktik sich einem nützlichsten Arbeiterschutz dienlich zu machen. In erster Linie steht hier die Kontrolle der notwendigen Maßnahmen und Vorrichtungen, die sich zum Schutze von Gesundheit und Wohlergehen aus der Eigenart des Betriebes heraus als notwendig erweisen oder gar direkt vorgeschrieben sind. Die Betriebsvertretung muß sich hierzu sachverständige Mitarbeiter heranziehen aus den Reihen der Arbeiterschaft. Auf diese Weise kann eine feste Zusammenarbeit zwischen schutzbedürftigen Arbeitern und Betriebsrat geschaffen werden. Wesentlich ist hierbei, inwieweit die Betriebsvertretung dieser Zusammenarbeit nun auch der Aufsichtsbehörde gegenüber Wirksamkeit verschaffen kann oder wird, besonders auch dort, wo eine reaktionäre Betriebsleitung den Bemühungen der Betriebsvertretung Widerstand entgegensetzt oder vielleicht schon gar kein Verständnis und Entgegenkommen zeigt.

In der Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde muß die Betriebsvertretung darauf halten, daß sie bei allen Betriebsbesichtigungen mit hinzugezogen wird. Wo diesbezügliche Schwierigkeiten gemacht werden, muß sofort, nötigenfalls mit Hilfe der Organisation, dem Recht der Betriebsvertretung, bei Betriebsbesichtigungen durch die Aufsichtsbehörde mit dabei sein zu dürfen, Geltung verschafft werden. Zu diesbezüglich gerichtlichen Entscheidungen ist es bisher noch nicht gekommen. Selbstverständlich ist bei dieser ganzen Tätigkeit der Betriebsvertretung notwendig, daß sich die letztere immer auf dem lauteften darüber hält, was alles der besonderen Beachtung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes unterliegt, insbesondere über neuentdeckte Gefahren oder gar neue Erlasse und Schutzbestimmungen. Des weiteren aber auch über besonders große Gefahren, die auch eine besondere Aufmerksamkeit erfordern.

In erster Linie wird die Betriebsvertretung sich den Schutz der Frauen und Jugendlichen angelegen sein lassen, weil für diese Arbeitergruppen der Arbeitsprozeß ja immer besondere Gefahren umschließt. Aber auch die Sammlung von Material, das man sich nur von außerhalb des Betriebes zugänglich machen kann, darf nicht vernachlässigt werden. Hierfür können wertvolle Anregungen von den Krankenkassen gegeben bzw. verlangt werden, die ja über Berufskrankheiten, deren Stand, also Zu- und Abnahme, am besten Bescheid wissen. Es kommen weiter hinzu die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Berufsgenossenschaften, dann die Monatschrift „Arbeiterschutz“. Sonderblatt des Reichsarbeitsblattes usw. Es dürfte wohl in den allermeisten Fällen möglich sein, den Arbeitgeber zur kostenlosen Lieferung der genannten Literatur an den Betriebsrat zu bewegen.

Damit glauben wir eine zwar kleine und völlig unvollständige, aber unbedingt notwendige Anregung gegeben zu haben, bei deren Befolgung jeder Betriebsvertretung von selbst die reiche Problematik des Arbeiterschutzes offenbar würde. „Es ist“, so heißt es in dem obengenannten Buche des ADGB, „eine große, wenn auch nicht immer leichte Aufgabe, die hier ihrer Erfüllung harret, die aber sicherlich auch die Möglichkeit innerlich befriedigender Arbeit in sich birgt.“ Wir fügen hinzu: Und eine Arbeit, die große und segensreiche Möglichkeiten der Dienstleistung an der Arbeiterschaft offenläßt, weshalb wir hoffen, daß alle unsere Betriebsräte an ihre beste Gewalung herangehen werden.

Das Wollseken von Kohlenwagen an Feierschichten.

Die Arbeiter- und Angestelltengruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets nahm zu dieser Frage folgende Entscheidung an:

„Die Arbeiter- und Angestelltengruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets hat sich wiederholt mit der großen Notlage der Bergbauarbeiter beschäftigt und den Regierungstellen entsprechende Vorschläge zur Verringerung unterbreitet. Unter anderem hat sie in ihrem Anfang November 1931 gemachten Vorschlägen auch auf die ungerechte Handhabung der Feierschichten hingewiesen.“

Seit längerer Zeit ist auf einem großen Teil der Schachtanlagen im Ruhrgebiet ein System eingeführt, welches für die Bergarbeiter noch eine Vermehrung der ohnehin schon großen Anzahl von Feierschichten mit sich gebracht hat. Wenn schon durch Lohn- und Gehaltsabbau die Bergbauarbeiter in ihrem Einkommen ganz besonders hart getroffen worden sind, so wirken sich die vielen Feierschichten für die Bergarbeiter doppelt schwer aus. Hierdurch hat sich ihre Notlage noch wesentlich verschlimmert. Angesichts dieser Tatsache sieht sich die Arbeitergruppe veranlaßt, die maßgebenden Stellen hierauf hinzuweisen und sie zu ersuchen, unverzüglich Abhilfe zu schaffen.

Aus dem vorliegenden Material, welches dieser Entschliessung als Anlage I beigelegt ist, geht hervor, daß jetzt schon über ein Drittel der gesamten Schachtanlagen im Ruhrgebiet dazu übergegangen ist, an den Feierschichten, die wegen Absatzmangels eingelegt werden, einen geringen Teil der Untertagebelegschaft zu beschäftigen. Diese Leute werden dazu verwendet, in den ergiebigen Betrieben die leeren Wagen vollzusetzen. So fahren z. B. auf einer Schachtanlage von etwa 900 Mann Belegschaft 150 bis 170 Mann an und sehen an diesem Tage 1200 bis 1400 Wagen voll. Dagegen werden von der gesamten Belegschaft in einer Schicht nur 2077 Wagen gefördert. Dieses Beispiel zeigt also, daß durch das Wollseken der Wagen die Feierschichten ganz erheblich vermehrt werden. Die Auswirkung auf den Lohn ist aus den in der Anlage II errechneten Beispielen ersichtlich. Würden die Wagen an Feierschichten nicht vollgelezt, so ergäbe sich aus dem vorgenannten Beispiel, daß die gesamte Belegschaft in einem Monat zwei bis drei Feierschichten weniger hätte. Da zu dem Wollseken der Wagen meistens ein und dieselben Arbeiter und Kameradschaften herangezogen werden, so wird hierdurch eine große Erbitterung unter der Belegschaft hervorgerufen. (Diese Erbitterung hat bereits auf Reche Königsborn 1-2 und 3-4 zu schweren Zusammenstößen geführt, wobei u. a. zwei Bergleute lebensgefährlich verletzt worden sind.) Es sind Fälle zu verzeichnen, in denen Belegschaftsmitglieder ihre vollen Schichten verfahren, wohingegen der größte Teil der Belegschaft acht bis zehn und mehr Feierschichten im Monat in Kauf nehmen muß. Die Erbitterung hierüber wird dadurch noch gesteigert, daß am nächsten Tage, wenn die Seifahrt vorbei ist, die Kameradschaften in den Revieren auf leere Wagen warten müssen, bis die vollgelezten Wagen zu Tage gefördert sind.

Es besteht kein Zweifel, daß das angeführte System auch erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bergbauarbeiter in sich birgt. Durch das Wollseken, möglichst viele Wagen vollzusetzen, wird das Verbauen und Verketten der Berge vielfach vernachlässigt, zumal häufiger andere Kameradschaften in den betreffenden Betriebspunkten zum Wollseken verwendet müssen, bis die vollgelezten Wagen zu Tage gefördert sind.

Auch muß darauf hingewiesen werden, daß zum Wollseken in vielen Fällen die Angestellten als Arbeiter herangezogen werden, wodurch ihr Ansehen als Aufsichtspersonen erheblich leidet. Die Arbeitergruppe steht auf dem Standpunkt, daß das Wollseken an Feierschichten auch aus arbeitsrechtlichen Gründen zu verbieten ist. Sie kann nicht anerkennen, daß die von den Arbeitgebern und auch von der Bergbehörde angeführten Gründe (z. B. Sortenfrage und Gebirgsverhältnisse) das Wollseken notwendig machen. Die Gründe hierfür sind vielmehr im Kampf der einzelnen Schachtanlagen innerhalb des Konzerns

zu suchen. Sie ist weiter der Auffassung, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Feierschichten zu vermindern. Mit Rücksicht auf die geschädigten Verhältnisse erwartet die Arbeitergruppe der Arbeitskammer von den maßgebenden Regierungstellen, daß auf dem schnellsten Wege Maßnahmen getroffen werden, die es ermöglichen, das Wollseken an Feierschichten wegen Absatzmangels zu verbieten.“

Demgegenüber gab die Arbeitgebergruppe in der Arbeitskammeritzung vom 9. März 1932 folgende Erklärung ab:

„Die Arbeitgebergruppe der Arbeitskammer vertritt gegenüber der von den Arbeitnehmergruppen eingebrachten Entschliessung den Standpunkt, daß die außerordentlich verschiedenen geologischen Verhältnisse der einzelnen Rechen in wirtschaftlicher, betrieblicher und absatzmarktlicher Hinsicht eine einheitliche Behandlung der Frage der Vollzeitschichten von vornherein verbieten. Schon aus diesem Grunde sieht die Arbeitgeberseite davon ab, in der Arbeitskammer zu dieser Frage Stellung zu nehmen.“

Zur Vermeidung zu großer Unterschiede in der Zahl der verfahrenen Schichten sind im übrigen die Rechenverwaltungen ihrerseits bereits bemüht, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten eine tunlichst gleichmäßige Beschäftigung der Belegschaften anzustreben; auch seitens des Rechenverbandes sind sie hierzu angehalten worden.

Zu der von den Arbeitnehmergruppen eingebrachten Entschliessung hat die Arbeitgebergruppe fernerhin zu bemerken, daß die der Entschliessung als Anlage beigelegte Aufstellung

Unsere Rechtshütigkeit 1931.

Kumpels, einmal herhören!

Soweit von den einzelnen Bezirken bisher Abschlüsse für das Jahr 1931 vorliegen, sind folgende Barerfolge durch unsere Rechtshütigkeit erstritten und ermittelt worden.

Ruhrbezirk	233 763,68 M.
Hannover	152 073,91 M.
Zeig	13 380,45 M.
Kalle	166 390,74 M.
Nordhausen	42 802,14 M.
Senftenberg	73 746,94 M.
Waldenburg	149 454,60 M.
Gleiwitz	56 001,35 M.
Herborn	104 720,54 M.
Köln	50 278,00 M.
München	23 823,17 M.
Lugau	36 259,60 M.
Zwickau	59 680,00 M.

1 216 375,02 M.

Im Bezirk Saarbrücken wurden dazu noch 492 714,95 Fr. erstritten.

Auf weit über 1 Mill. Mark beziffert sich somit der ermittelte Barerfolg aus unserer Rechtshütigkeit im Jahre 1931. Nicht eingerechnet ist die Auswirkung derselben, da diese sich überhaupt nicht statistisch erfassen läßt. Auch die Barerfolge, welche von den einzelnen Arbeitersekretariaten für unsere Mitglieder erstritten worden sind, werden durch die angeführte Summe nicht berücksichtigt.

Kameraden! So sieht der Lohnkampf eines Verbandes an den Arbeitsgerichten und Spruchinstanzen aus! Darum auf zur Stärkung desselben!

Jahrestreffen unseres Verbandes.

Bezirk Aachen.

Am 28. Februar tagte im Gewerkschaftshaus in Aachen die Jahresbesitzerversammlung unseres Verbandes. Bezirksleiter Engelhardt gab den Geschäfts- und Jahresbericht. Der Tätigkeitsbericht wurde mit Anerkennung aufgenommen. Nach Abschluß der Diskussion wurde der Bezirksleiter und der Bezirkskommission Entlastung erteilt und das Vertrauen ausgesprochen. Das letzte kam auch darin zum Ausdruck, daß die turnusgemäß aus der Bezirkskommission ausscheidenden Mitglieder wieder neu gewählt werden. Ebenso wurden auch die Kassensprüfer wiedergewählt.

Zum letzten Tagesordnungspunkt hielt der Bezirksleiter ein groß angelegtes Referat über „Die Wirtschaftskrise und der sozialistische Gedanke“. Das eineinhalbstündige Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es wurde auf eine Diskussion verzichtet und als Erhärtung des Willens der Konferenz die nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die schwere, langandauernde Wirtschaftskrise hat die deutsche Regierung, nachgebend dem Druck der Unternehmer, veranlaßt, tief einschneidende Maßnahmen auf Lohn- und sozialpolitischem Gebiete zum Schaden der Arbeitnehmer und der gesamten Wirtschaft durchzuführen. Besonders hart getroffen wurde hierbei die Bergarbeiter. Durch die Notverordnungen wurde sie in ihren Lohnbezügen auf den Stand von 1925 zurückgedrängt und beträgt die Lohnkürzung 21 Prozent, ohne die vielen Feiertage, die den Lohn weiter um einen sehr beträchtlichen Teil schmälern. Diefelbe große Einkommensschmälerung trifft die Invaliden durch die so rücksichtslos geänderte Knappschaftsvericherung. Die Konferenzteilnehmer rufen den verantwortlichen Stellen ein energisches „Halt, bis hierher und nicht weiter!“ zu.

Es muß endgültig Schluss sein mit einer derartigen Regierungspraxis, die nur die proletarischen Schichten der Bevölkerung trifft und sie weiter verelenden läßt. Die freigeordneten Bergarbeiter fordern auf das allerentschiedenste: Fort mit den Feiertagen! Fort mit dem Wollfehen an Feiertagen! Fort mit dem Einmänngebilde! Fort mit all den Treibern und diesem menschenmordenden System!

Her mit der geforderten Produktionsumlage!
Her mit der kürzeren Arbeitszeit!
Her mit der internationalen Kohlenplanwirtschaft!
Her mit der Sozialisierung des Bergbaues und seiner Nebenbetriebe!

Trotz schwerster Bekämpfung haben die freigeordneten Bergarbeiter seit Jahrzehnten immer wieder die Sozialisierung des Bergbaues und seiner Nebenbetriebe gefordert. Wir freuen uns, daß nunmehr auch der Führer des christlichen Gewerkevereins, Imbusch, und mit ihm seine Mitglieder unserer alten Forderung beigetreten sind und ebenfalls die baldige Sozialisierung des Bergbaues fordern. Wir begrüßen die Mitkämpfer in der Hoffnung, daß nunmehr recht bald die Verstaatlichung des Bergbaues und dadurch die Ablösung der Privatkapitalisten erfolgt.

Den unorganisierten Kameraden im Bergbau rufen die Konferenzteilnehmer zu: Reicht euch ein in die kämpfende Front, werdet Mitglied im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands und dadurch Mitglied der Eisernen Front! Helft mit kämpfen gegen privatkapitalistische Ausbeutung und gegen den Faschismus! Darum: hinein in den alten Verband!

Bezirk Köln.

Am 6. März tagte im Kölner Volkshaus die Jahrestreffen unseres Verbandes, auf welcher Kamerad Jochmann den Jahresbericht gab. Zuerst ging er auf die herrschende furchtbare Wirtschaftskrise ein und sagte, daß noch niemals gerade der Bergbau von einer solchen Krise erfaßt worden wäre. Alle bisher ergriffenen Maßnahmen haben ihren Zweck nicht erreicht. Auch die internationale Kohlenkonferenz, die in den Januar tagen in Genf tagte und auf welcher eine planmäßige Verteilung des Absatzes erzielt werden sollte, verlief ergebnislos. Ebenso wurde von keiner einzigen Regierung das im vergangenen Jahre dort abgeschlossene internationale Arbeitszeitabkommen für den Bergbau ratifiziert. Im vergangenen Jahre war im Steinkohlenbergbau Monat für Monat ein weiterer Rückgang der Förderung zu verzeichnen. Auch in der deutschen Braunkohlenindustrie gingen die Förderung sowie die Bruttoherstellung stark zurück, wie folgendes Zahlenbild zeigt:

Jahr	Förderung	Bruttoherstellung
1929	174 456 000 To.	42 137 000 To.
1930	146 010 000 To.	33 999 000 To.
1931	133 222 000 To.	32 443 000 To.

Von diesem Rückgang wurde auch das Kölner Revier stark betroffen, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht:

Jahr	Förderung	Bruttoherstellung
1929	53 407 000 To.	12 247 000 To.
1930	47 464 000 To.	10 709 000 To.
1931	42 573 000 To.	9 824 000 To.

Das bedeutet demnach einen Förderrückgang gegenüber 1930 von 10,1 Prozent und gegenüber 1929 von 20,7 Prozent. Bei der Bruttoherstellung war es ein Rückgang gegenüber 1930 von 8,3 Prozent und gegenüber 1929 von 19,8 Prozent.

Besonders stark wurde die Arbeiterchaft durch die Feiertage betroffen. Nach einer Berechnung des Verbandes entfielen im Jahre 1931 auf jeden einzelnen Arbeiter im Durchschnitt 43 Feiertage. Das machte bei der Zahl der beschäftigten Arbeiter von 12 344 insgesamt 530 772 Feiertagen. Nach der Auffassung vieler Betriebsratsmitglieder muß die Zahl der Feiertage noch größer sein. Durch die Feiertage ergibt sich ein Lohnverlust für jeden einzelnen Arbeiter von 375,82 M. Diese Berechnung stützt sich auf die in „Verband und Wirtschaft“ angegebenen Durchschnittslöhne. Der gesamte Lohnverlust durch die Feiertage beträgt demnach 4 632 913,85 M. Diese Summe wird aber noch bedeutend höher durch den Lohnabbau, durch die Kürzung der Prämien usw., so daß mit einem Gesamtlohnverlust von über 5 Mill. M. gerechnet werden kann.

Die Stapelbestände werden mit etwa 500 000 To. angegeben, fast dieselbe Menge wie im Vorjahre. Insgesamt liegen in Deutschland etwa 1 Mill. To. Kohle auf Stapel, ein Beweis dafür, daß eine Besserung des Absatzes auch im vergangenen Jahre nicht eingetreten ist. Besorgniserregend waren im deutschen Braunkohlenbergbau 69 109 Arbeiter (davon entfallen auf das Kölner Revier 12 344).

Die im vergangenen Jahre eingeführte Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde geschah ohne Lohnausgleich. Eine weitere Lohnsenkung geschah durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Zwar war es den Tarifvertragsparteien freigestellt, bessere Vereinbarungen über die Lohnsenkung zu vereinbaren als die Notverordnung sie vorsah, aber es ist kein Fall bekannt geworden, wo dieses geschehen ist. Immer ist dieses an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert.

Im Bensberger Revier werden jetzt wieder etwa 90 bis 100 Arbeiter beschäftigt. Hier wurden Anfang 1931 die Gruben stillgelegt, um die Tarifverträge aufzuheben und mit den einzelnen

Arbeitern neue Arbeitsverträge abzuschließen. Hierdurch wurden die Arbeitsbedingungen bedeutend verschlechtert, ebenso die Löhne. Der Lohn ist hier unter das Existenzminimum gesunken. So möchten die Unternehmer überall mit den Löhnen der Arbeiter umspringen! Aufgabe der Arbeiter muß es sein, dieses durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen zu verhindern! Auch im Weichener Revier versuchte man die Gruben stillzulegen, um vom Staat Subventionen zu bekommen, was aber bis jetzt nicht gelungen ist. In diesem Revier steht die Lage

O S T E R N.

Die Osterglocken klingen
Ringsum im weiten Land
Und von den Höhen lodert
Ostaras Feuerbrand.
Schon färbt der Strahl der Sonne
Mit erstem Grün die Flur,
Denn es ist auferstanden
Die schaffende Natur.

Denn es ist auferstanden,
Was lang geschlummert hat,
Zu schöpferischem Wirken
Und schöpferischer Tat.
Es will den Samen streuen,
Damit die Frucht gedeiht,
Die Frucht, die alle Menschen
Aus Not und Harm befreit.

Die Osterglocken klingen
Und rufen allen zu:
Erweckt, ihr Freudlosen,
Den Geist aus Schlaf und Ruh
Und streut der Eintracht Samen,
Damit er gut gedeiht,
Um reiche Frucht zu tragen
Am Baum der Einigkeit!

Victor Kalinowski.

auch ungünstig, welche noch dadurch erschwert wird, daß die Weltmarktpreise für Blei und Zink gewaltig gefallen sind.

Die Betriebsratswahlen im vergangenen Jahre zeigten zwar, daß das Vertrauen der Arbeiterchaft nach wie vor auf Seiten der freien Gewerkschaften liegt, aber die Tatsache, daß es der R.G.D. gelang, 18 Betriebsratsmitglieder zu bekommen, zeigt, daß die gewerkschaftlichen Funktionäre mehr noch wie bisher aufklärend unter der Belegschaft wirken müssen. Auch kein Fall ist bis jetzt bekannt, wo einer dieser Leute (und auch keiner der Nazis, die zwar nur drei Mandate erhielten) für die Arbeiterchaft etwas Gutes getan hat.

Dann ging Jochmann noch auf die Änderungen in der Sozialversicherung durch die Dritte und Vierte Notverordnung ein. Die Knappschaftspensionsversicherung befindet sich nach wie vor in einer schlechten finanziellen Lage, welches in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß die Zahl der Beitragszahler immer geringer, die Zahl der Leistungsempfänger aber immer größer geworden ist. Die Forderung der Bergarbeiter, daß auf das geförderte Produkt eine Umlage erhoben werden soll, ist bis heute noch nicht durchgeführt. Durch die Vierte Notverordnung sollten die Mehrleistungen der Knappschaft in Fortfall kommen, welches aber für die Brühler Knappschaft verhindert wurde.

Zwar war es im vergangenen Jahre nicht möglich, die Mitgliederzahlen zu halten, welches einerseits auf die Entlassungen wie auch auf die vielen Feiertage zurückzuführen ist, aber die Tatsache, daß nur 34 Mitglieder weniger gezählt wurden als im Vorjahre, zeigt, daß sich der Verband trotz allem gut gehalten hat. Auch die Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen und dem christlichen Gewerkeverein war zufriedenstellend.

Für Bildungszwecke wurden 3699 M. ausgegeben. Es fand ein Wochenkurs statt, an welchem 25 Mitglieder teilnahmen. Auch von den übrigen Bildungsmöglichkeiten ist reger Gebrauch gemacht worden. Die Zahl der Hörer am freigelehrten Seminar hatte seitens der Bergarbeiter von Kursus zu Kursus zugenommen, trotzdem die Wechselschichten und teilweise schlechten Jahrgelagen dieses erschweren. Außerdem wurden in verschiedenen Zahlstellen besondere Bildungskurse eingelegt, die einen regen Besuch zu verzeichnen hatten. Auf diese Schulung der Funktionäre ist es auch zurückzuführen, daß der Verband sich in diesem Krisenjahre so gut halten konnte.

Die Jugendbewegung hat im Bezirk mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen, aber trotzdem geht es auch hier vorwärts. Wurden im Jahre 1929 nur 29 Jugendobmänner gewählt, so stieg die Zahl derselben im vergangenen Jahre auf 40. Zwar sind eigentliche Jugendliche unter 16 Jahren nach dem Bericht des Arbeitgeberverbandes nur 77 im ganzen Revier beschäftigt, aber eine große Zahl derer bis zum Alter von 25 Jahren ist vorhanden und zum größten Teil im Verband organisiert. Auf einem Wochenendkurs für Jugendliche waren 63 Jugendliche vertreten. Es waren weit mehr Teilnehmer gemeldet, aber aus Raumgründen mußte die Zahl beschränkt werden. An dieser Tatsache sieht man, daß die Jugend zur freien Gewerkschaftsbewegung steht.

Die vom Verband durchgeführten Filmveranstaltungen wurden von etwa 6000 Personen besucht. Hier ergab sich ein Reinerüberschuss von 648 M. Auch die Verammlungsstätigkeit im Bezirk war eine rege. Es fanden 148 Zahlstellen-, 36 Belegschafts-, 16 öffentliche Verammlungen und 12 Konferenzen statt.

Der Rechtschutz des Verbandes wurde von 15 017 Personen in Anspruch genommen. An Schriftsätzen wurden 17 064 angefertigt. Durch den Rechtschutz wurden für die Kameraden 52 712 M. herausgeholt. Auch dieses Ergebnis zeigt wieder, wie wichtig die Organisation für die Arbeiterchaft ist.

Dann gab Kamerad Schmidt den Kassenbericht. Die Kasse hat sich auch auf die Finanzen der Gewerkschaften ausgewirkt. Die Einnahmen gingen zurück, die Ausgaben aber stiegen. Unterstützungen wurden im vergangenen Jahre 51 675,35 M. (im Vorjahre 37 959 M.) ausgezahlt. Davon entfielen an Krankenunterstützung 11 479,60 M., an Arbeitslosenunterstützung 12 234,50 M., an Kurzarbeiterunterstützung 27 925,45 M. und an Umzugsbeihilfe 35,80 M. Der Bezirksleiter, dem Bezirksvorstand und den Revisoren wurde einstimmige Entlastung erteilt.

In seinem Schlusswort sprach Kamerad Jochmann den Funktionären den Dank aus für ihre vorbildliche Arbeit. Er hob hervor, daß auch in diesem Jahre alles darangelegt werden müsse, um das schwere Los der Bergarbeiterchaft zu erleichtern. Anschließend wurde noch eingehend die Einführung des Krümpersystems besprochen. Die Funktionäre stellten sich auf den Standpunkt, daß, um das Schwerste für die Arbeiterchaft, nämlich die Entlassungen, zu verhüten, auch hier das Krümpersystem eingeführt werden müsse.

Am Schluß der Konferenz richtete Kamerad Simon an die Teilnehmer einen warmen Appell, sich der Eisernen Front und den Hammerschaften anzuschließen, dem die Funktionäre begeistert zustimmten.

Bezirk Lügau.

Die diesjährige Jahrestreffen unseres Verbandes, die äußerst stark besucht war, fand in Niederwiesenthal statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kamerad Albert Martini vom Hauptvorstand in Bochum einen klaren instruktiven Vortrag über „Die Weltwirtschaftskrise, ihre Ursachen, Zusammenhänge und Auswirkungen“. Reicher Beifall lohnte ihn für seinen groß aufgebauten Vortrag. Unter einmütiger Zustimmung der Konferenzteilnehmer konnte Kamerad Uhlmann feststellen, daß die Bergarbeiter des Lügauer Reviers, soweit sie freigelehrten organisiert sind, sich in die Eisernen Front einreihen. Sie werden auch die Ziele und Bestrebungen der Eisernen Front voll unterstützen und wenn es erforderlich werden sollte, als Hammerschaften unter Einsetzung ihres Lebens die Pflichterfüllung üben. Einmütig stellte sich die Konferenz hinter die Beschlüsse und angenommenen Entschlüsse der Reichskonferenz vom 8. Februar 1932 in Bochum (abgedruckt in Nr. 8 vom 20. Februar 1932 in der „Bergbau-Industrie“).

Der gedruckt vorliegende Jahresbericht wurde von den Kameraden Uhlmann und Fritsch besonders erläutert. Der sächsische Steinkohlenbergbau ist im deutschen Steinkohlenbergbau das kleinste und auch wirtschaftlich schwächste Revier. Seit 1921 sind bis Ende 1931 rund 50 Prozent der Belegschaftsmittel abgebaut worden. Der Abbau der Belegschaften beträgt für das Lügauer Revier beinahe 60 Prozent. Die Leistung stieg 1931 pro Kopf und Schicht im Durchschnitt um 6 Prozent im sächsischen Steinkohlenbergbau, während die Löhne im Durchschnitt um rund 15 Prozent gesenkt wurden. Der Belegschaftsabbau brachte für unser Revier auch für 1931 einen Abbau um 15 Prozent. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, weiteren Belegschaftsabbau zu verhindern und, wenn möglich, weitere Arbeitslose im Bergbau unterzubringen, scheiterten an dem Widerstand des Bergbauvereins. Wiederholt wurden Verhandlungen gepflogen, um das als geeignet erscheinende Krümpersystem auch im Sächsischen einzuführen. Die Erfahrungen, die damit in Niederwiesenthal gemacht wurden, verlangen geradezu zwingend, daß dieser Frage mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird, als es bisher in dem Kreise der Unternehmer geschehen ist. Der Sächsische Landtag hat sich in vergangener Woche auch mit dieser Frage beschäftigt, und zwar anlässlich der Stilllegungsdebatte über Vertrauenshaft Lügau.

Bei dieser Gelegenheit hat der Staatsminister Herr Dr. Hedrich dem Landtag gegenüber erklärt: „Über die Einführung des Krümpersystems, das von der Betriebsvertretung des Berges zur Verminderung von Entlassungen vorge schlagen worden ist, finden zur Zeit Verhandlungen zwischen den Tarifparteien, und zwar für den gesamten sächsischen Steinkohlenbergbau statt.“ Wir stellen demgegenüber fest, daß diese Erklärung nicht den Tatsachen entspricht, da diese Verhandlungen bereits am 27. Januar 1932 durch die Ablehnung des Bergbauvereins gescheitert waren. Die interessierten Bergarbeiter sind von dieser Erklärung recht eigentümlich berührt. Die Bergarbeiter des Reviers haben sich 1931 im Durchschnitt noch mit vier Feiertagen im Monat abfinden müssen, so daß auch für sie trotz bestehenden Arbeitsverhältnisses die wirtschaftliche Lage äußerst drückend wurde. Auf Wunsch und schriftliches Ersuchen der Gewerkschaften ermächtigte der Bergbauverein für die aktiven Bergarbeiter ab 1. Januar 1932 den Preis der Deputatlohn um 10 Prozent. Da durch die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ab 30. April 1932 sämtliche Tarifverträge ablaufen, haben sich die Gewerkschaften bemüht, mit dem Bergbauverein eine Vereinbarung zu treffen, nach der die Tarifverträge auch über den 30. April hinaus wieder in Kraft treten und damit eine Verlängerung der Tarifverträge über diese Zeit hinaus auch gesichert ist. Am 10. Februar 1932 wurde zwischen den beiden Tarifparteien diese Vereinbarung getroffen und unterzeichnet.

Die gesamte Einnahme an Beiträgen und sonstigem betrug 121 767,15 M. Davon wurden an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung 66 309,39 M. zur Auszahlung gebracht. Die Hauptlaste, die Zahlstellen und der Bezirk erhielten 55 457,76 M. Die Bezirkskasse schließt im Einnahme und Ausgabe mit 61 242,90 M. ab. Der Kassenbestand des Bezirks am Ende 1931 betrug 34 434,76 M. Der Kassenstand der Zahlstelle weist einen Bestand von 5 741,54 M. auf. Die finanzielle Grundlage ist damit vollständig gesichert. Aus dem Bericht über den Rechtschutz ist zu entnehmen, daß an rund 1000 Personen Auskunft und Rechtschutz erteilt wurde. Durch die Rechtschutzstätigkeit unserer Organisation konnte in unserem kleinen Bezirk für 1931 wiederum ein ganz beachtlicher Erfolg für die, welche diese Tätigkeit in Anspruch nahmen, erzielt werden. Dieser Erfolg gliedert sich wie folgt:

Unfallrente	9 384,00 M.
Invaliden- und Witwenrente	9 970,00 M.
Knappschaftspension	14 006,00 M.
Krankenversicherung	47,60 M.
Urlaubsentschädigung	139,00 M.
Deputate	232,00 M.
Lohnklagen	2 287,00 M.
Arbeitslosenversicherung	103,00 M.
Sonstiges	60,00 M.

Zusammen 53 230,60 M.

Manches Geld und manche Träne konnte damit gesindert werden. Einmütig wurde der Bezirksleiter die Entlastung erteilt und damit auch anerkannt, daß sie ihre Pflicht voll erfüllt hat. Die ausscheidenden Kameraden aus der Bezirkskommission wurden einstimmig wiedergewählt.

Die Bildungsfragen werden auch im neuen Jahre gebührende Berücksichtigung finden. Zu vierwöchigen Kursen auf der Bundeschule nach Bernau bei Berlin wurden auf Vorschlag der Bezirksleitung einmütig die Kameraden Rudolf Winter (Lügau) und Fritz Reinhardt (Delsdorf) gewählt. Als Erlassung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die allregend verlaufene Konferenz geschlossen.

Bezirk Zwickau.

Am 6. März tagte in Zwickau das Parlament der Bergarbeiter unseres Bezirkes, um Bericht über das vergangene Geschäftsjahr entgegenzunehmen. Bezirksleiter Weber konnte kurz nach 9 Uhr die von allen Zustellern besetzte Konferenz eröffnen. Kamerad Bledmann vom Hauptvorstand sprach über „Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands“. Im Vordergrund stand das Problem der Reparationszahlungen, das endlich einmal zu einer Regelung, die die Welt befriedigt, kommen müsse. Es sei richtig, daß die Gewerkschaften unter dem Zwang der Verhältnisse für Erfüllungspolitik eingetreten seien, sie hätten aber von Anfang an betont, daß die Erfüllung der Reparationen auf die Dauer unmöglich sei. Nachdem der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erfolgt sei, seien weitere Reparationen wirtschaftlich unsinnig. Die Verschärfung der Krise sei auch dadurch hervorgerufen worden, daß ungeheure Fehlinvestitionen von Kapital erfolgt seien. Im Ruhrgebiet habe man mit ungeheuren Mitteln neue Zechen errichtet, die man nach ihrer Fertigstellung gar nicht in Betrieb genommen habe. Das dabei festgelegte Kapital müsse aber verzinst und amortisiert werden. Das habe dazu geführt, daß im Ruhrgebiet der Lohnanteil pro geförderte Tonne Kohle immer mehr gesunken sei, dabei aber die Selbstkosten steigende Tendenz aufwiesen. Es könne auch die Wirtschaftspolitik des Staates nicht so durchgeführt werden, daß der Staat zwar die Verluste sozialisiert, wie das in der vergangenen Zeit häufig geschehen sei, und die Privatindustrie die Gewinne einstecke. Überall, wo der Staat Stützungsaktionen durchführen müsse, müsse er auch den notwendigen Einfluß auf die Industrie bekommen. Es sei einer der größten Fehler gewesen, daß die Regierung diesen Einfluß nicht in notwendigem Maße ausgeübt habe. Um geregelte Wirtschaftsverhältnisse zu bekommen, müsse die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, insbesondere des Bergbaues, vorgenommen werden. Wenn dies erreicht werde, sei man ein weites Stück auf dem Wege zur Sozialisierung vorwärts gekommen.

Bezirksleiter Weber erläuterte im Anschluß an diesen Vortrag den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Trotz aller Schwierigkeiten, die im vergangenen Geschäftsjahr eingetreten sind, konnten noch beachtliche Erfolge erzielt werden.

Auf dem Gebiete des Rechtsschutzes, im Arbeitsrecht, in der Unfall-, Invaliden- und Knappschaftsversicherung sind im Berichtsjahre eine große Zahl von Berufungen anhängig gemacht worden, die zum größten Teil von Erfolg begleitet waren. Insgesamt sind durch die Tätigkeit der Organisation im Jahre 1931 rund 60 000 M. für die Kameraden herausgeholt worden, die ohne den Schutz der gewerkschaftlichen Organisation verloren gewesen wären.

Kamerad Weber ging noch einmal auf die Auswirkungen der Roterordnung in der Sozialversicherung ein und betonte, daß sich bei Durchführung derselben eine Reihe von Härten ergeben hätten, die unseren Verband veranlaßten, der Reichsregierung eine Denkschrift zu übermitteln, in der diese Härten dargestellt sind und um Abhilfe ersucht wird. Ein Versuch der Gewerkschaften, die Arbeitslosigkeit durch das Krümpersystem zu mildern, ist an der Haltung der Unternehmer gescheitert, obwohl die von ihnen angeführten Gründe für die Ablehnung keinesfalls anzuerkennen seien.

Durch die starke Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit seien auch hohe Anforderungen an die Finanzkraft unserer Organisation gestellt worden. Allein an Arbeitslosen und Kurzarbeiterunterstützung seien im Berichtsjahr im Bezirk rund 97 000 M. ausbezahlt worden, zu denen noch etwa 34 000 M. an Krankenunterstützung kommen. Trotz dieser starken Anspannung der Kassenverhältnisse seien diese aber auch noch als gut zu bezeichnen. Der verhältnismäßig geringe Mitgliederverlust sei durch Entlassungen und Stilllegungen hervorgerufen worden.

Auch das Gebiet der Bildungsarbeit ist im Berichtsjahr nicht vernachlässigt worden. Eigene Funktionärskurse, Unterfütterung der Wirtschaftsschule Zwickau und Entsendung von Betriebsräten zur Bundeschule in Bernau gaben unseren Funktionären die Möglichkeit, sich für ihre Aufgaben auszubilden.

Nach einer regen Aussprache erfolgte auf Antrag der Revisoren einstimmige Entlastung der gesamten Bezirksleitung. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen konnte der Bezirksleiter die eindrucksvolle Konferenz schließen mit Worten des Dankes an die Funktionäre und dem Appell, auch in Zukunft nicht zu erlahmen und alle Kräfte einzusetzen für eine Stärkung der Gewerkschaften, dem wichtigsten Bollwerk der Arbeiterschaft.

Bezirk Hannover.

Am 6. März fand die Jahreskonferenz des Bezirkes Hannover unseres Verbandes in Hannover statt. Kamerad Bode gab den Jahresbericht. Wenn schon im Vorjahre die wirtschaftliche Lage im Bezirk schlecht war, so ist sie im Berichtsjahr noch schlechter geworden. Werksstilllegungen, Arbeiterentlassungen und Ferialschichten häuften sich in ungeheurer Weise, und zwar in allen Bergbauarten, wobei die Obernkirchener Werke und die Delindustrialie etwas günstiger abblieben, hingegen dem Oberharzer Metallbergbau und dem Nieseder Eisenerzbergbau besonders übel mitgespielt wurde. Hinzu kam ein Lohnabbau von 15 bis 25 Proz. im ganzen Bezirk, der sich angesichts der Ferialschichten (auf manchen Zechen bis zu 13 im Monat) doppelt stark auswirkte. Das jetzige System im Bergbau ist einfach nicht mehr zu halten. Darum müssen wir immer wieder fordern: Leber das Krümpersystem — dieses wurde in Barfinghausen eingeführt, wodurch jeden Monat 20 Mann entlassen und von den früher Entlassenen 20 Mann wieder eingestellt werden — und die Arbeitszeitverkürzung hinaus die Verstaatlichung des Bergbaues, damit die Fehlinvestierung von Millionen endlich ein Ende hat.

Durch die immer größer werdende Arbeitslosigkeit stiegen die Ausgaben für Unterfütterungen gewaltig. Allein für Arbeitslosenunterstützung wurden 159 980,85 M., für Krankenunterstützung 25 747 M. und für Bildungsarbeit und Konferenzen 14 040,97 M. ausgegeben. — Der geldliche Erfolg der Rechtschutzbüchchen betrug 145 139,82 M.

Wenn aber trotz aller Mühen, trotz der Belegschaftsreduzierung von rund 4000 Mann unser Mitgliederstand sich ziemlich gehalten hat, so ist das nicht zuletzt der unermüdlichen Arbeit aller Funktionäre zu danken. Mit diesem unermüdlichen Willen auch im neuen Jahre gekämpft, dann mögen sich Hiltler und Lehmann an diesem Bollwerk den Kopf blutig rennen. Unsere Lösung heißt: Hinein in die Eiserner Front! Vorwärts und aufwärts!

Nach reger Debatte machte dann der Vertrauensmann für Arbeiterangelegenheiten der hannoverschen Knappschaft, Kamerad Schubert, längere, recht interessante Ausführungen über die einschneidende Wirkung der letzten Roterordnung in der Sozialversicherung. Einstimmig wurde dann folgende Entschließung angenommen:

I.

„Die am 6. März 1932 in Hannover tagende Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands unterstützt lebhaft den Antrag des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag: „Entwurf eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie“. Es ist durch die heutige Wirtschafts- und Finanzmisere im gesamten deutschen Bergbau und der übrigen Wirtschaft klar herausgestellt, daß das Privat-

kapital systematisch Mißbrauch mit der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung getrieben hat.

Durch die Ueberforderung des Bergbaues, verursacht durch kapitalistische Fehlleitung der in- und ausländischen Anleihen, die im deutschen Bergbau investiert sind, um damit die übermäßig betriebene Rationalisierung und Technisierung durchzuführen zu können, sind die Bergarbeiter in eine besondere harte berufliche Bedrängnis geraten. Die katastrophale Belegschaftsreduzierung aller Bergbauarten zwingt mit Notwendigkeit, die Verkürzung der Arbeitszeit mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln zu betreiben. Die Konferenz ist einig, daß die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau nur international geregelt werden kann. Sie begründet daher die bereits getätigte internationale Verständigung der Arbeitszeit in der Steinkohle. Unerlässlich muß die Forderung auf Einführung des Krümpersystems im Bergbau erhoben werden, um damit eine größere Arbeitsmöglichkeit für die Bergarbeiter zu schaffen.

II.

Die politische und wirtschaftliche Reaktion ist bestrebt, die gesamte Sozialversicherung zu vernichten. Sie erblickt in den freien Gewerkschaften die stärkste Stütze für den weiteren Ausbau und Erhaltung derselben. Alle Reaktionen haben unter der faschistischen Parole die Verschlagung der Gewerkschaften beschlossen. Die Bergarbeiter stehen deshalb geschlossen in der Eisernen Front, um die dunklen Pläne der Faschisten zu vernichten.

Geschäftsstelle Merleburg II.

Am 21. Februar fand in Nieder-Beuna unsere Jahreskonferenz, verbunden mit einer Jubiläumsgemeinschaft. Als Einleitung zur Jubiläumsgemeinschaft brachte in gut gelungener Weise der Arbeiterchor Köhlichen-Beuna den „Sturm“ von Uthmann zu Gehör. Bezirksleiter Reddiga (Halle) ergriff nunmehr das Wort, um die Jubilare, welche aus einer über 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verbands zurückblicken konnten, die seit über 25 Jahren in Reih und Glied mit den Millionen Organisierten im Kampf für Arbeiterrechte, im Kampf für den Sieg unserer Sache gestanden haben, zu ehren. Stützen wir als Junge uns auf die Vorarbeit unserer Alten und klären wir alle Indifferenten auf, um die Reihen zu stärken, erhalten wir das Vertrauen auf die Macht der Organisation, festigen wir das Vertrauen zu uns selbst und unseren Führern, so haben wir unsere Jubilare am besten geehrt.

Kamerad Thome gab anschließend den Geschäfts- und Kassenbericht, welchem zu entnehmen war, daß die nunmehr bereits über zwei Jahre währende Wirtschaftskrise sich weiter zuzunehmen der Bergarbeiter ausgewirkt hat in Form von Entlassungen, Ferialschichten, Lohnabbau usw. Mit der Verschärfung der Krise wurden auch größere Anforderungen an die Geschäftsstelle in organisatorischer wie agitatorischer Hinsicht gestellt. Mit Hilfe der Funktionäre war es aber auch im vergangenen Jahre möglich, eine stattliche Anzahl von Kameraden den Reihen der Organisation zuzuführen. In 28 Streikfällen vor den Arbeitsgerichten und Versicherungsämtern konnte die Summe von 3479 M. erstritten werden. Weiterhin wurden noch 10 Feststellungslagen anhängig gemacht, deren finanziellen Erfolg man nicht messen kann, da es sich um ganze Belegschaften handelte. Es kamen über 10 verschiedene Flugblätter zur Verteilung. Weiter fanden 2 öffentliche, 37 Mitglieder- und 6 Belegschaftsversammlungen statt. Hinzu kommen 24 Funktionäre, 12 Ortsverwaltungs- und 12 Betriebsratsführungen.

An Unterfütterungen wurden im vergangenen Jahre für Erwerbslose, Kurzarbeiter und Kranke insgesamt 14 460 M. oder rund 80 Prozent der Einnahmen ausgezahlt, ein Beweis der Solidarität in Notfällen! Im kommenden Jahre muß alles zur Stärkung der Organisation getan werden.

In einem groß angelegten Referat über „Die Wirtschaftskrise im Kohlenbergbau“ sprach Kamerad Reddiga. Eingehend auf die frühere und jetzige Situation der Weltwirtschaft, betonte er mit Recht, daß die heutige Welt mit ihren etwa 30 Millionen Not und Elend leidenden, hungernden und frierenden Erwerbslosen, neben einem ungeheuren Ueberfluß an Konsumgütern, mit einem Narrenhaus zu vergleichen sei. Die Weltkrisis könne nur beseitigt werden durch Schaffung des Vertrauens zwischen den Völkern, Ankerbefestigung der Wirtschaft durch Hebung der Kaufkraft der Konsumenten und durch eine ganz enorm verkürzte Arbeitszeit mit Einstellungsstopp, wie es bereits wiederholt vom I.D.G.B. verlangt wurde, und vor allem durch Beseitigung der Zollmauern.

Nach Erledigung einiger weiterer Programmpunkte wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Geschäftsstelle Moers.

Zu Punkt 1: Agitation und Organisation, macht der Kamerad Majooski besonders aufmerksam auf die im Verein mit den Unternehmern seitens der I.D.G.B. unternommenen Bemühungen zur Unterhöhlung der gewerkschaftlichen Front. Er appelliert an die Tatkraft und den Opferwillen der Funktionäre, in der Agitation und Werbung für den Verband nicht zu erlahmen.

Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde vom Kameraden Kämpfer erstattet. Er schilderte kurz die Verhältnisse auf dem Wirtschaftsmarkt im allgemeinen, besonders aber die Entwicklung im deutschen Bergbau. Neben den durch Schiedsprüche an sich bereits erheblich verminderten Löhnen konnte noch die Einbuße durch Ferialschichten und Kurzarbeit. Allein im Ruhrgebiet seien im Jahre 1930 etwa 9,6 und 1931 etwa 9,4 Millionen Ferialschichten eingelegt worden. Im Verhältnis zur verminderten Belegschaftszahl bedeutet das für das Jahr 1931 eine sehr erhebliche Verschlechterung.

Der linksrheinische Bergbau sei im Berichtsjahre mehr noch als die übrigen Bergbaubezirke von der Krise erfaßt worden. So hätte im linksrheinischen Revier jedes Belegschaftsmitglied im Jahresdurchschnitt 61,73 oder auf den Monatsdurchschnitt berechnet 5,14 Ferialschichten zu verzeichnen gehabt. Besonders die Kameraden von Rheinpreußen mit 93, Niederrheinische Bergwerks-AG mit 70 und Borth-Ballach (Salzbergbau) mit 115 Ferialschichten hätten den Widerstand unserer heutigen Wirtschaftsordnung zu spüren bekommen. Im linksrheinischen Bezirk waren 1931 im Jahresdurchschnitt 16 294 Bergarbeiter beschäftigt gewesen, 1 006 Millionen Ferialschichten wurden von den Werken insgesamt eingelegt. Durch den Belegschaftsabbau und die Einstellung der vielen Ferialschichten sei auch der Bestand der bergmännischen Berufsvorbereitung erheblich bedroht. So betrage allein bei der Niederrheinischen Knappschaft der durch die Ferialschichten bedingte Beitragsausfall für die Zeit von März bis Dezember 1931 etwa 1,753 Millionen Mark. Daß die Ansprüche auf Gewährung von Leistungen dagegen sich nicht verminderten, sei eine zwangsläufige Erscheinung.

Eine Entschließung, in der der Verbandsleitung das Vertrauen ausgesprochen wurde und die sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz einverstanden erklärt, fand einstimmige Annahme.

Nachstehende Resolution wurde angenommen: „Die am heutigen Tage versammelten Funktionäre der Geschäftsstelle Moers (Niederrhein) des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands protestieren vor der gesamten Öffentlichkeit gegen die ungerechte, menschenunwürdige Be-

handlung der Bergarbeiter sowohl durch die Unternehmer als auch durch die maßgebenden Regierungsstellen. Wirtschaftskrise und Mißbeherrschung seitens der Zehnerverwaltungen haben unter den Bergarbeitern eine ungeheure Verelendung hervorgerufen. Trotz ständiger Verminderung der Belegschaft steigert sich die Zahl der Ferialschichten. So werden auf einigen Zechen seit mehr als einem Jahre nur 15 Schichten im Monat verfahren. Die Zahl der Ferialschichten wird künstlich dadurch vermehrt, daß eine Anzahl von Kohlenbauern in den besonders ergiebigen Ruffenbetrieben während der Ferialschichten vollbesetzt muß. Durch die Einführung eines teuflichen Gehelgesystems, genannt „Einnommengelage“, sind nicht nur große Lohnunterschiede vor ein und demselben Betriebspunkt zu verzeichnen, sondern auch die tarifliche Arbeitszeit wird vielfach überschritten.

Dieses raffinierte Unterebelsystem wirkt sich katastrophal auf den Gesundheitszustand der Bergarbeiter aus. Frühzeitige Invalidisierung und Steigerung der Kronenziffern sind die Folge. Durch diese Verhältnisse wird die Leistungsfähigkeit der Knappschaftsversicherung vernichtet.

An diesen Verhältnissen sind nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch die breite Öffentlichkeit, besonders die Geschäftswelt, interessiert.

Die Funktionärskonferenz ist sich bewußt, daß diese Mißstände nur durch einschneidende Regierungsmaßnahmen, auf dem Kohlenmarkt nur durch internationale Verständigung, beseitigt bzw. gemildert werden können. Sie begrüßt daher die einseitige Stellungnahme der Reichskonferenz zu den Verhältnissen im Bergbau und ersucht die Verbandsleitung, mit allen Mitteln für die Verwirklichung der in den Entschlüssen aufgestellten Forderungen einzutreten. Die Funktionäre sprechen der Verbandsleitung das Vertrauen aus. Sie sind von dem einmütigen Willen besetzt, alle Kräfte einzusetzen, um die Pläne der reaktionären Unternehmerschaft — Vernichtung aller sozialen Erwerbsmöglichkeiten und Verflüchtung der Bergarbeiterschaft — zu verhindern.

An die unmorganierte Bergarbeiterschaft richtet die Funktionärskonferenz den dringenden Appell, sich dem Verbande der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands anzuschließen; denn nur eine starke Organisation gibt die Gewähr, die Pläne des reaktionären Unternehmertums abzuwehren.“

Geschäftsstelle Gladbeck.

Am 6. März fand im Volkshaus in Buer die Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Gladbeck unseres Verbandes statt, in welcher die Jahresberichte gegeben wurden. Bezirksleiter Erik Deller (Bochum) hielt einen eingehenden Vortrag über „Finanzlage und Finanzgebahren des Verbandes“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Unter anderem wurde auch zur Wirtschaftskrise Stellung genommen. Folgende Entschließung bringt die Meinung der Funktionäre zum Ausdruck:

„Die Spitzenfunktionäre der Geschäftsstelle Gladbeck des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, umfassend die Ortsgruppen Gladbeck, Horst-Emscher, Buer, Boitrop, Osterfeld, Dorsten und Umgegend und Borken, bringen zum Ausdruck, daß die bestehende Wirtschaftskrise nur behoben werden kann, wenn an Stelle der heutigen planlosen Privatwirtschaft, die nur dem Profit einzelner Menschen dient, eine planmäßige Bedarfswirtschaft eingeführt wird, die dem ganzen Volke dient. Wie unanständig die heutige Wirtschaftsweise ist, geht daraus hervor, daß heute Millionen arbeitswillige junge Menschen ohne Arbeit sind und von Unterfütterungen ihr Leben fristen müssen, während der andere Teil in täglich viel zu langer Arbeitszeit frönen muß. Auf der einen Seite große Warenlager, die nicht abgesetzt werden können, auf der anderen Seite Warenbedarf in großem Ausmaße, jedoch kein Geld, zu geringer Lohn, zu niedrige Renten und Unterfütterungen, um die so bitter notwendigen Waren kaufen zu können.

Die Konferenz fordert die Verbandsleitung auf, alle Maßnahmen zu unterstützen, die darauf hinausgehen, eine dem ganzen Volke nützliche Wirtschaftsweise einzuführen und eine dem technischen Fortschritt angelegene kürzere Arbeitszeit festzusetzen. Die verammelten Funktionäre sind sich voll bewußt, daß zur Durchführung derartiger Forderungen eine große Macht gehört. Sie verpflichten sich deshalb, in Gegenwart und Zukunft alles zu tun, dem Verbands neue Streiter zuzuführen.

Im Kampfe gegen die extremen Organisationen von rechts vertreten die verammelten Funktionäre den Standpunkt, daß sie nicht gewillt sind, sich die im Kampfe der letzten Jahrzehnte erworbenen Rechte tariflicher und sozialpolitischer Natur kampflös nehmen zu lassen, im Gegenteil sind sie bereit, diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, wenn nicht anders mit der Faust, zu verteidigen. Sie wollen keinen Faschismus, sondern Sozialismus! Den kommunistisch eingestellten Arbeitern ruft die Konferenz zu: Laßt ab von dem der gesamten Arbeiterschaft schadenbringenden Bruderkampf gegen die freien Gewerkschaften! Erfolge hiervon haben nur unsere gemeinsamen Gegner. Erkennt, daß zur Niederwerfung unserer Gegner die Macht der gesamten Arbeiterklasse gehört!

Die unmorganierten fordern die Konferenz auf, in die Reihen der kämpfenden einzutreten. Unüberwindlich ist unsere Kraft, wenn Einigkeit besteht! Deshalb: Hinein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Geschäftsstelle Wickersleben.

Der Niedergang des Bergbaues im Bezirk Wickersleben zeigt so richtig den ungeheuren Schaden der Wirtschaftskrise in unserem „gesegneten“ Zeitalter. Immer mehr fleißige Rumpels müssen ihre Hände in den Schoß legen. Wieviel wertvolle produktive Arbeit könnte für Volk und Staat geleistet werden, wenn eine vernünftige Regelung von Erzeugung und Verbrauch durchgeführt würde! Die ungeheure Rationalisierung der Gruben hat eine Produktionskapazität geschaffen, die wohl Profite für die Grubenbesitzer eingebracht hat, für die Rumpels aber Not und Elend. Durch niedrige Löhne versucht man, große Gewinne einzuheimen. Es wird sich aber erweisen, daß solche von den Unternehmern gewollte Zustände zum ungewollten Zusammenbruch des kapitalistischen Systems führen.

Von den fünf Gruben im Geschäftsstellensbereich Wickersleben ist nur noch die Grube Concordia einigermaßen voll beschäftigt. Das Kaliwerk in Wickersleben wurde am 1. Aug. 1931 stillgelegt. 800 Rumpels verloren dadurch ihre Arbeitsstelle. Auf den Flurwerken (Flußpat) in Siptersfelde wird seit Oktober 1931 nur noch an drei Tagen in der Woche gearbeitet. Dasselbe Beschäftigungsverhältnis besteht auf dem Kaliwerk in Klein-Schierfeld. Eine ganze Reihe von Verhandlungen mit der Verwaltung der Grube Georg in Königsau haben es nicht verhindern können, daß nunmehr auch dieser Bütt stillgelegt ist.

Diese Kalamitäten brachten für unseren Verband eine Unmenge Arbeit. Denn gerade in den Zeiten wirtschaftlicher Depression glauben die Unternehmer mehr als in normalen Zeiten, die Rechte der Mitglieder mißachten zu können. Durch Klagen und Rechtsstreitigkeiten vor den Arbeitsgerichten, vor den Schlichtungsausschüssen und tariflichen Schiedsstellen mußten die Rechte Mitglieder verteidigt werden. In 59 Fällen solcher Art konnten vom Verband in der Geschäftsstelle Wickersleben 5128 M. für die Mitglieder erstritten werden. Auch konnten die Entlassungen

